

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 149.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend,  
Jährlich 150 Nummern.  
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich  
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 24. Dezember 1907.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene  
Nonpareilzeile 25 Pfennig;  
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt  
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

45. Jahrg.

## Abonniert auf den „Korr.“!

Er ist für die Kenntnis der gewerblichen, organisierten und tariflichen Verhältnisse und ihrer Entwicklung unentbehrlich. Preis vierteljährlich nur 65 Pf., für zwei Monate 44 Pf., für einen Monat 22 Pf. Bestellungen bei allen Postanstalten.

Der Weihnachtsfeiertag wegen erscheint die nächste Nummer (150) erst Sonnabend den 28. Dezember.

## Aus dem Gewerkschafts- und Genossenschaftsleben.

(Schluß.)

Eine wirtschaftliche Krise ist der Rückschlag in der Konjunktur, also Verschlechterung auf dem Geld- und Warenmarkt sowie Rückgang in der Produktion mit den unterschiedlichen Folgen wie: Zahlungsschwierigkeiten, Konturs, Betriebseinschränkung, Lohnreduktion, Arbeitslosigkeit. Man unterscheidet zwar noch zwischen einer Finanz-, Geld- und Kreditkrise und der in Produktionsstörungen und -verschlechterungen sich äußernden direkten wirtschaftlichen Krise, aber diese Erscheinungen im Wirtschaftsleben hängen so zusammen, laufen so ineinander, daß der Begriff „wirtschaftliche Krise“ die zutreffende Bezeichnung für die verschlechterte oder gänzlich niedergelegene geschäftliche Gesamtlage ist. Und zwar von internationalem Umfang; denn wie der Kapitalismus seine nationalen Schranken kennt, macht auch der bei einem mißlichen Stande der Geldwirtschaft einsetzende Konjunkturrückschlag nicht vor den Grenzpfählen halt. Allerdings macht es einen großen Unterschied bezüglich der Ausdehnung der Krise, ob ein Land finanziell genügende Elastizität besitzt, wie Amerika, oder ob es vor dem Staatsbankrotte steht, wie Rußland. Die dazwischen fallenden Schattierungen lassen sich danach schwer ausdeuten.

Die letzte Krise war die 1900 eintretende, die im Jahre 1901 ihren untersten Stand erreichte, 1902 bereits wieder abebbte und bis 1906 dann von einem großartigen Aufschwunge abgelöst wurde, der in der ersten Hälfte dieses Jahres sich noch einigermaßen behauptete, um nun wieder einer neuen wirtschaftlichen Krise zu weichen. Die Erfahrung lehrt, daß auf fünf bis sieben Jahre Hochkonjunktur eine Periode des Rückschlages folgt, deren Dauer meistens zwei bis drei Jahre beträgt. Die letztmalige Krise war nicht so tief einschneidender Natur als die von 1892/93, die ja auch den deutschen Gewerkschaften rund 60000 Mitglieder gekostet hat, während der Verlust infolge der geschäftlichen Depression von 1901 nur den zwanzigsten Teil davon ausmachte. Die der Krise anfangs der 90er Jahre nachfolgende günstige Konjunktur konnte sich jedoch nicht mit dem Aufschwunge in den letzten Jahren messen.

Diesmal nahm die Krise in Amerika ihren Ausgangspunkt. Die drüben anfangs November ausgebrochene Panikkrise nahm jedoch sofort einen so heftigen Charakter an und übergriff sich mit einer Schnelligkeit und Befehmigkeit auf Europa, daß in diesem Umfange nicht zuletzt der Beweis liegt, wie bis zum äußersten gespannt bereits die Lage war. Tatsächlich hatte sich ja auch die Eisenindustrie in Deutschland, unser bedeutendster Wirtschaftszweig, schon seit Monaten von dem im Jahre 1906 erreichten Höhepunkte entfernt. Als dann in Amerika, dessen Wirtschaftspolitik an sich nicht gesund ist und die durch die Vertiefung der meisten Industriezweige keineswegs besser wird, Zahlungsschwierigkeiten, Zahlungsstörungen und Pleiten an Pleiten sich reiheten, vermochten auch die euphemistischsten Schönfärbereien nicht die Erkenntnis zu verdrängen, daß die amerikanische Weltkrise das Signal zu einer allgemeinen Krise von internationaler Bedeutung war. Die Notenbanken aller Länder erhöhten sogleich ihren Zinsfuß, die deutsche Reichsbank sogar auf 7 1/2 Proz., ein seit 1873 nicht dagewesener Fall. Gegenüber einem Zinsfuß von 5 Proz.

machte das eine Mehrbelastung von täglich einer Million Mark für den Wechselumlauf in Deutschland aus. Diese Geldknappheit und Kreditnot hatte denn auch bei uns den Zusammenbruch einer Reihe von größeren industriellen Unternehmungen zur Folge, neben denen in jeder Woche eine weit größere Anzahl als sonst von weniger weittragenden Konkursen einberging. Freilich zu einer Panik wie in Amerika kam es glücklicherweise bei uns nicht.

Regierungsrat Dr. Martin, dem das Verdienst gebührt, durch seine Schrift „Die Zukunft Rußlands“ Deutschland vor dem zuletzt verjuchten Pleienpump Rußlands bewahrt zu haben — welche Warnung Dr. Martin von den maßgebenden, bekanntlich und leider sehr rußlandfreundlichen Regierungskreisen schwer verübelt worden ist —, führt in seiner neuesten Broschüre: „Die wirtschaftliche Krise der Gegenwart“, für dieselbe drei Hauptursachen an, nämlich die politische und wirtschaftliche Mißwirtschaft in Rußland, die amerikanische Ueberproduktion und die sehr starke Einbuße des in Transvaal festgelegten Kapitals. Deutschland hat durch das Sinken der Transvaalwerte einen Verlust von über 200 Millionen Mark erlitten, das Fallen der amerikanischen Papiere seit dem März dieses Jahres brachte ihm einen weiteren Verlust von über 100 Millionen Mark und nach Rußland wanderten 1902 und 1905 900 Millionen Mark deutsches Kapital, von dem der vierte Teil jetzt schon als verloren gelten kann, da die russischen Papiere lange nicht den Wert besitzen, zu dem sie erworben wurden. Im ganzen stehen jetzt etwa zwölf Milliarden Mark an westeuropäischem Kapital in russischen Staatspapieren. Es wird sich Mitte des nächsten Jahres nun zeigen müssen, wie es mit der Zahlungsfähigkeit des Zarenreiches bestellt ist, denn im August sind größere Rückzahlungen fällig. Selbstverständlich fehlt diese ungeheure Summe Geldes der westeuropäischen Volkswirtschaft und die von dieser Pleienpumperei aus den schon erwähnten Gründen verloren gehenden Milliarden erst recht. Selbstredend hängt auch viel ab von der Möglichkeit und dem Grade einer Gesundung der russischen Verhältnisse. Aber Martin geht zu weit, wenn er auf die desolaten Zustände in Rußland in erster Linie den Schneepunkt der Entstehung der letzten Krise legt. Es ist vielmehr die Ueberproduktion der hauptsächlichste Grund. Die ist jedoch nicht nur in Amerika anzutreffen und ihre Rückschläge sind nicht nur dort zu spüren, sind doch auch in Deutschland in der Kautindustrie kolossale Werte verloren gegangen. Je mehr nun deutsche Gelbteute, angezogen durch den höhern Zinsfuß, sich in die waghalsigsten Spekulationen des Auslandes stürzen, d. h. nicht bloß den russischen Koloz mit deutschem Kapitale stützen helfen, je mehr auch die Ueberproduktion gefördert und um so schwerer muß eines Tages auch der Krach im eignen Lande da sein, dessen Produktivität und Konsumfähigkeit unter solcher Entziehung flüssigen Geldes natürlich zu leiden hat.

Diese Rückschläge in der Konjunktur erfolgen jedoch nicht so von ohnegedacht, sind nicht lediglich als die unvermeidlichen Folgen des Spiels der freien Kräfte anzusehen. Es haben vielmehr in weitreichendem Maße dabei Mächte ihre Hand in Spiele, gegenüber denen auch die Staatsgewalt verjagt. Und wir sehen ja in Amerika, daß Roosevelt mit all seinen Anläufen zur Betämpfung der Uebermacht der großen Trusts in Wirklichkeit nicht einen praktischen Erfolg aufzuweisen hat. Die Rockefeller und Morgan, die bei der jetzigen Krise in Amerika noch ein gutes Geschäft machen, indem sie durch den Zusammenbruch anderer ihre Position immer mehr stärken, nämlich dadurch immer mehr Nebenbuhler ausschalten, sind also nicht nur die Herren der Situation, sondern sie sind auch sehr wohl in stande, veränderte Situationen zu schaffen. Es gibt nämlich nicht nur politische Wettermacher, sondern auf dem Wirtschaftsmarkte sind solche aus dem Hintergrunde agierenden Einflußreichen nicht minder und vor allen Dingen mit sicherer Hand tätig. Man kennt diese geheimnisvollen Mächte und Kräfte sehr wohl, aber etwas dagegen zu unternehmen, ist wirklich nicht so leicht. In Deutschland wird ja momentan ein schwacher Versuch in dieser Richtung unternommen mit einer Reform des Börsengesetzes, da das von 1896 sich als völlig verfehlt erwiesen hat.

Man soll jedoch nicht etwa glauben, daß nur in Amerika die Geldkönige eine so große Macht auszuüben vermögen. Nein, auch in unserm in Vergleiche zu dem Dollarlande so zahmen Deutschland, über welches 22 Fürsten

herrschen, regieren dieselben Faktoren: die Könige von Kapitalsgnaden. Es ist höchst bezeichnend, daß eine amtliche Persönlichkeit, — der österreichische Generalkonsul in Berlin nämlich, in einem Berichte an seine Regierung sich über diese Wahrnehmung offen ausspricht. Die markanteste Stelle in diesem Berichte über die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands lautet:

Niemals zuvor war das wirtschaftliche Deutschland berart unter der absoluten Herrschaft einer kaum 50 Köpfe betragenden Gruppe. In keiner früheren Konjunkturoperode war die alte Formel vom freien Spiele der Kräfte in einem solchen Maße ausgeglichen als im Jahre 1906, wo die bestimmenden Entscheidungen über die Höhe der Produktion, der Auslandsverkäufe, der Preise, über die Gewährung von Kredit, von neuem Kapital, über die Gestaltung der Löhne und Zinssätze, in der Hand weniger Persönlichkeiten vereint waren, die an der Spitze der Großbanken, der industriellen Großunternehmungen und der großen Kartelle standen. Diesen großen Interessengemeinschaften ist denn auch der reiche Segen der Hoch- und Weltkonjunktur in erster Linie zu gute gekommen, und zwar waren die Vorteile um so größer, je synderischer die betreffende Industrie war.

Das also sind die wahren Herrscher; von ihnen hängt, wie der österreichische Generalkonsul in Berlin sagt, die Gestaltung der Dinge auf dem Wirtschaftsmarkte so gut wie ausschließlich ab. Sind das nicht fast dieselben ungeheuren Verhältnisse wie drüben im vertrauten Amerika? Und wer bezweifelt, daß zwischen diesen übermächtigen Kapitalisten internationalen Beziehungen bestehen, wie sie alle Staatenbündnisse an Bedeutung weit übertraffen? Wenn nur noch kein Licht über den wahren Charakter der privatkapitalistischen Gesellschaft und der privatkapitalistischen Produktionsweise aufgeht, der ist eben mit sehenden Augen blind.

Die wirtschaftliche Krise ist also wenig identisch mit einer Vis major, einer höheren Gewalt; einem unabweisbaren Naturereignisse. Aber eine derartige Krise hat das eine mit ihr gemeinlich: sie läßt sich nicht mit gewöhnlichen Mitteln bekämpfen und überwinden. Deshalb besteht auch sogar in weiten bürgerlichen Kreisen kein Zweifel über die Wichtigkeit des wissenschaftlichen Sozialismus, der nichts weniger als eine Parteifrage ist.

In Amerika hat die Krise bereits zu umfangreichen Betriebsbeschränkungen und -einstellungen geführt. Die Zahl der Arbeitslosen festzustellen, ist noch nicht möglich. Daß sie bereits recht hoch ist, kann man schon daran erkennen, daß die Eisenbahnen westlich von Chicago allein 25000 Arbeiter aus ihren Werkstätten entlassen haben. In derselben amerikanischen Großstadt waren anfangs Dezember bereits auch 40 Proz. der Bau- und 25 Proz. der Holzarbeiter ohne Beschäftigung. Sachverständige Leute in Amerika nehmen an, daß bis zum 1. Februar in den Vereinigten Staaten eine Million Arbeitsloser vorhanden sein wird! Für die Situation drüben sehr kennzeichnend ist wohl auch die massenhafte Rückwanderung von Arbeitskräften nach Europa und speziell nach Deutschland, die übrigens häufig erst durch gewerkschaftliche Beihilfe ermöglicht wird. Die Löhne werden meistens noch in Scheckes ausgezahlt, also kann es mit der Erholung des amerikanischen Geldmarktes nicht weit her sein. Lohnreduktionen sind nicht nur bei den Arbeitern die Regel, sondern auch Künstler müssen sich ganz bedeutende Kürzungen gefallen lassen. Der Stahltrust will im kommenden Jahre die Zöhne und Gehälter um 20 Millionen Dollars herabsetzen. Im Kampfe der Gewerkschaften gegen die Lohnherabsetzungen wird also kein Mangel sein. Was eine wirtschaftliche Krise von einiger Dauer für Deutschland besagen will, geht aus dem Umstande hervor, daß trotz der ungünstigen Zölle Amerika die beste Auslandsökonomie für uns ist. Und jährliche Ausfuhr nach dort bejiziert sich nämlich auf mehrere Hundert Millionen Mark. Wenn die in Ausfall kommen, dann ist das für die heimische Produktion natürlich ein schwerer Schlag.

Auch in England gehen die Unternehmer schon rüstig ans Werk mit Lohnherabsetzungen. In Belfast, dem englischen Vieldfeld, ist z. B. in den Vereinigten Staaten 30000 Arbeitern der Lohn um ein Fünftel gekürzt worden. In Holland macht sich besonders unter den Diamantarbeitern in Amsterdam die Krise bemerkbar. 4000 Mann sind arbeitslos.

In Deutschland liegen bis jetzt Forderungen über Lohnreduktionen gerade aus den Industrien vor, denen am reichlichsten der Segen der Hochkonjunktur zu gute kam. Bereits am 16. November berichtete die „Bergarbeiterzeitung“, daß auf den Kohlengruben im Ruhrreviere der Anfang mit Lohnreduktionen gemacht werde. Dabei sind die Kohlenbarone die größten Schlachtopfer unter allen Dividendenjägern. Keine Unternehmerrategorie hat eine solche Plusmacherei aufzuweisen wie die Kohlenmagnaten. Der Syndikatsgewaltige Stinnes hat jetzt vor Weihnächten auf zwei seiner Gruben Lohnabzüge von bis 25 Proz. vornehmen lassen, auch bei Thyssen wird schon fest darauflos reduziert. In der Textilindustrie sind ebenfalls Reduktionen an der Tagesordnung. Im Erzgebirge sind solche von 15 bis zu 20 Proz. angekündigt worden, in Rheinland-Westfalen daselbe Bild. Ganz richtig sagt der „Textilarbeiter“, daß es, wenn die Arbeiter eine Lohnreduktion fordern, in der Regel 3 bis 5 Proz. gibt, und auch die manchmal erst nach schweren Kämpfen, wenn aber die Unternehmer die Löhne reduzieren, dann gleich um 15 bis 20 Proz. Aus Dortmund berichtet die „Arbeitsmarktkorrespondenz“ von einem Vorfall, für den wir Buchdrucker allerdings kein Verständnis besitzen. In einer größeren Anzahl von mittleren und kleineren Betrieben des Eisen- und Metallgewerbes haben nämlich die Unternehmer im Einvernehmen mit ihren Arbeitern bis auf weiteres eine Lohnreduktion von etwa 15 Proz. vorgenommen, wodurch Entlassungen vorgebeugt werden soll. Es wurde in Aussicht gestellt, diese Lohnabzüge zum Frühjahr wieder in Fortfall gelangen zu lassen. Wir besichtigen stark, daß das nicht eintreten wird, daß vielmehr trotzdem Entlassungen vorgenommen werden und die reduzierten Löhne eben so lange gelten, bis wieder höhere erkämpft werden können. Aber die Lohnreduktionen werden in Deutschland einen größeren Umfang annehmen, was aus den Verlautbarungen der „Deutschen Arbeiterzeitung“ und anderen Mitteilungen zu schließen ist. In dem genannten Scharfmacherorgan hat ja in einer der letzten Nummern jemand mit großer Deutlichkeit geraten, bei weiterer Verschärfung der Krise direkt die Offensive zu ergreifen. Ein netter Rat, der sicher den Fabrikautokraten und den diesen Herrenmenschen gleichgesinnten Unternehmerkreisen gar nicht so unympathisch ist. Daß für 1907 die Dividenden im allgemeinen noch keine Verminderung erfahren werden, wird schon als sicher gemeldet. Um so gravierender aber dieser Eifer, die Löhne herabzusetzen.

Der deutsche Arbeitsmarkt weist von der Jahresmitte an eine beträchtliche Verschlechterung auf. Bei den öffentlichen Arbeitsnachweiser war in den ersten sechs Monaten durchweg noch eine Verbesserung gegen 1906 zu konstatieren, die im Februar mit 18,8 Minderangebot am größten war, um im Juni noch 7,9 ausmachte. Vom Juli an aber war das Angebot von Arbeitskräften ein höheres als im Jahre 1906, und zwar um 9,7 im Juli, 8,5 im August, 9,8 im September, 15,8 im Oktober und 16,1 im November. In letztgenanntem Monate kamen auf 100 offene Stellen bereits 149,7 Angebote. Das waren 26,6 mehr als im Oktober d. J. In Berlin sollen gegenwärtig allein in den Branchen der gelernten Arbeiter 25000 Mann arbeitslos sein, darunter 2000 Holzarbeiter. Wir gehen also hinsichtlich der Arbeitslosigkeit schweren Zeiten entgegen, was uns so trüben in die nächste Zukunft blicken läßt, als eine enorme Teuerung die Situation noch wesentlich verschärft, wie in unserm ersten Artikel genügend dargelegt. Deshalb ist auch sehr zu bedauern, daß die Frage der öffentlichen Arbeitslosenversicherung resp. -unterstützung seit der letzten Krise gar keine Fortschritte gemacht hat. Nur die Stadt Straßburg i. E. macht eine lobenswerte Ausnahme.

Daß da unsere Gewerkschaften einen schweren Stand bekommen, steht außer Zweifel. Wir sind ja Gott sei Dank von dem Fehrigstandpunkte abgerückt, die Beiträge gehen jetzt nicht mehr unter 20 Pf. (weibliche Mitglieder bei den Handbüchmachern) wöchentlich herunter, um bei den Buchdruckern und den Notenschreibern den Höchstfuß zu erreichen. Auch haben in diesem Jahre nicht weniger als 15 Organisationen eine Beitragsreduktion eintreten lassen resp. einzuführen beschlossen. Weiter hat die früher als ein Verlassen des Klassenkampfstandpunktes verpönte Arbeitslosenunterstützung steigend alle derartigen Bedenken überwunden, so daß von den 63 Zentralverbänden sie 41 jetzt als ein hervorragendes gewerkschaftliches Kampfmittel besitzen. Aber es wird vieler und großer Anstrengungen bedürfen, um die Positionen aufrecht zu erhalten. Wo nicht Tarifverträge von längerer Dauer bestehen, wird sich die Kraft der Organisationen zu erweisen haben. Sie wird nicht immer den Verhältnissen und der Stärke der Unternehmerverbände gewachsen sein, und mancher schwer erkämpfte Erfolg wird wieder verloren gehen. Die Erfahrung hat überdies genügend gelehrt, daß die Unternehmer in Zeiten schlechter Konjunktur es auch mit den Tarifen nicht so genau nehmen, ja, vor Tarifverträgen nicht zurückschrecken, denn nicht überall ist der Tarifgedanke so tief eingewurzelt als bei den Buchdruckern. Und wie die erst im Anfangsstadium sich befindende Krise schon auf die Aktionslust der Gewerkschaften wirkt, hat uns der Fall der Berliner Steinarbeiter gezeigt, die mit Rücksicht auf die drohende Krise vor einigen Wochen von der Kündigung ihres bis zum 1. März 1908 laufenden Tarifes Abstand genommen haben, wodurch sich letzterer um zwei Jahre verlängert hätte. Nunmehr haben aber die Unternehmer die Tarifkündigung ihrerseits beschlossen, selbstverständlich um Verschärfungen der bisherigen Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Wenn wir trotz aller schlechten Aussichten den deutschen Arbeitern ein möglichst schmerzloses Ueberstehen der Krise winken, so stellen wir uns damit auf einen höheren Standpunkt als diejenigen Arbeiterkreise, die im vergangenen Jahre beim Bekanntwerden unserer neuen Tarifvereinbarungen glaubten uns verhöhnen zu müssen, weil deren angeblich zu geringen Ausfall. Die Kollegen aber, welche es damals nicht begreifen konnten, daß wir eine allgemeine zehnprozentige Lohnreduktion, ohne jede Kraftentfaltung und ohne Opfer, gerade angesichts der schon damals von ferne winkenden wirtschaftlichen Krisis als eine Errungenschaft bezeichneten, werden heute wohl der gleichen Ansicht wie wir sein. . . . . Km.

## Aus dem Auslande.

**Deutsche Schweiz.** Am 15. Dezember konnte das Organ unserer schweizerischen Kollegen, die „Helvetische Typographie“, auf ein ununterbrochenes fünfzigjähriges Erscheinen zurückblicken, welches seltene und freudige Ereignis durch eine inhaltlich und technisch besonders schön ausgestattete Festnummer zum Ausdruck kommt. In einer Geschichte dieses Buchdruckerhilfsorgans sowie der Tätigkeit der Gehilfenschaft während dieses halben Säkulums wird vor allem der auffällenden Wirkung der Fachpresse in sozialen und technischen Angelegenheiten gedacht; der engere Zusammenschluß der Gehilfen und deren zentrale Organisation sei direkt der Initiative des Jubiläumskindes zu danken wie überhaupt die langsam, aber stetige Entwicklung des Gewandens der Zusammengehörigkeit durch das Blatt immer wieder neue Nahrung erhalten habe. Die einzelnen Phasen ihrer Tätigkeit durchgehend, welche noch durch vier verkleinerte Abbildungen der Titelseite verschiedener Jahrgänge (1857, 1858, 1868, 1892) illustriert werden, kann heute die schweizerische Gehilfenschaft mit Stolz auf die verflochtenen 50 Jahre ihrer Wirksamkeit zurückblicken und daraus für die Zukunft die berechtigte Hoffnung schöpfen, daß es dem Blatte „fort und fort gelingen möge, dem Wohle des Verbandes und seiner Mitglieder zu dienen“. Auch unsere herzlichsten Segenswünsche — wenn auch etwas post festum — seien hiermit unserm treuen Mitkämpfer mit auf den Weg gegeben.

**Romanische Schweiz.** Wegen der Tarifbewegungen in Neuenburg und La Chaux-de-Fonds beschloß das Zentralkomitee die Suspension des Viatikums an Mitglieder anderer Verbände vom 1. Dezember ab.

Die unliebsamen Verhältnisse in Montreux sind durch den Ausschluß des Schulbigen gebessert worden (s. eine frühere Korrespondenz).

**Frankreich.** Das Zentralkomitee berichtet von feindseligen Handlungen der Prinzipale gegen den Verband und dessen Mitglieder. Besonders tut sich die Jesuitische Druckerei Oberthur in Rennes hervor. Hier werden Verbändler nur wegen dieser Eigenschaft entlassen, worunter ein Kollege, der der Firma über 40 Jahre angehört und dem die Arbeitsmedaille verliehen worden ist.

Unter dem Titel „Eine Parallele“ berichtet der Kollege André Belin im Vereinsorgan über seine Reiseindrücke in Deutschland. Sein Urteil über den Verband, seine Macht und seine Leistungen, über den gewerkschaftlichen Geist seiner Mitglieder ist ein sehr günstiges. Den Jertum bezüglich des Gutenbergsbundes, den er gleichfalls für tariffrei erklärt — qui fait également respecter le tarif — wird der Schreiber dieser Zeilen gehörigen Ortes berichtigen. Belin beendet seinen Artikel mit dem Wunsche, daß seine Kollegen sich ein wenig die Methoden allermandes aneignen möchten, was zum größten Vorteile für das französische Buchgewerbe ausschlagen würde.

Das Organ der Pariser Mitgliebschaft („Bulletin de la Chambre typographique parisienne“) veröffentlicht auf einer zweifachen Sonderbeilage die Namen von 260 wegen Resten ausgeschlossenen Mitgliedern, deren Schulden zwischen 15 und 127 Fr. variieren. (!)

**Belgien.** Wegen der Tarifbewegungen ist auch in diesem Lande die Auszahlung des Viatikums bis auf weiteres aufgehoben.

**Italien.** Unter den zahlreichen Tarifbewegungen, die zurzeit in Italien stattfinden, ist als erste die in Mailand zu einem befriedigenden Abschlusse gekommen. Also eine Art Weihnachtsgeschenk für unsere Mailänder Kollegen. Der neue Tarif brachte 20 Proz. Aufbesserung, das Minimum für Seher wurde von 4,32 auf 5,20 Lire erhöht. Die Maschinenmeistersektion erlangte 15 Proz. Für beide Sektionen wurden noch sonstige wichtige Ermäßigungen getroffen. Öffentlich folgen die andern Städte dem guten Beispiele Mailands bald nach. . . Co.

## Entscheidungen der schiedsgerichtlichen Instanzen.

Veröffentlicht vom Tarifamte der Deutschen Buchdrucker.

### B. Entscheidungen der Schiedsgerichte.

**Betrifft Anerkennung der Maßregelung.**  
 Klageobjekt: Anerkennung der Maßregelung.  
 Entscheidung: Es liegt Maßregelung vor.  
 Begründung: Die Beklagte war für Anerkennung des Tarifes gewonnen worden zu einer Zeit, als sie noch eine große Anzahl Lehrlinge über die tarifliche Skala hielt, und zwar mußte sie dem Tarifamte das Versprechen geben, neue Lehrlinge nicht früher einzustellen, als bis der Tarif dies zulasse. Trotzdem die überzählige Lehr-

lingszahl drei Jahre nach Aufnahme der Firma und trotz bisher unterbliebener Neueinstellung von Lehrlingen immer noch vier Lehrlinge über die tarifliche Skala bezug, wollte sie einen neuen Lehrling einstellen, wogegen die Gehilfen Beschwerde erhoben. Da am folgenden Sonnabend zwei Gehilfen — der eine stand 36, der andre 4 Jahre bei der Beklagten in Arbeit — gekündigt wurden, nahmen diese an, daß ihre Kündigung nur wegen Eintretens für den Tarif erfolgt sei. Die Kündigung des ältesten Gehilfen ist mittlerweile auf Intervention von dritter Seite rückgängig gemacht worden, so daß nur die Kündigung des einen Gehilfen bestehen blieb. Da die Beklagte bei Regelung der Gehilfenfrage Umdeutungen fallen ließ, die spätere Kündigungen des Personals in Aussicht stellten, so konnte auch der jetzigen Erklärung der Firma, sie habe den Kläger nur wegen Arbeitsmangel entlassen, nicht Glauben geschenkt werden. Das Schiedsgericht gewann vielmehr die Ueberzeugung, daß der Kläger wegen seines Eintretens für den Tarif zur Entlassung gekommen war, und dagegen mußte er entsprechend geschädigt werden.

**Klageobjekt: Anerkennung der Maßregelung.**  
 Entscheidung: Die Klage wird zurückgewiesen.

**Begründung:** Der Kläger ist seit einem halben Jahre bei der Beklagten als Maschinenmeister tätig, seit vier Monaten ist er Vertrauensmann. Als solcher will er wiederholt mit dem Obermeister verhandelt haben, und hierauf führte er seine Entlassung zurück; da seine Kollegen infolge seiner Entlassung die Einstellung eines fliegenden Maschinenmeisters verlangten, habe der Obermeister, was ein Zeuge bestätigen könne, erklärt, daß er damit einverstanden sei, nur um den Kläger könne es sich dabei nicht handeln. Der Zeuge dagegen erklärt, daß der Obermeister gesagt habe, er sei mit der Einstellung fliegender Maschinenmeister einverstanden, nur könne er dazu den Kläger wegen seiner geringen Leistungsfähigkeit nicht gebrauchen. Die Beklagte dagegen behauptet, daß der Kläger, obendrein als zuletzt Eingestellter, entlassen werden mußte, weil ein gesund gemeldeter Maschinenmeister wieder seiner früheren Platz einnehmen sollte. Nach diesem Tatbestande mußte auf Abweisung der Klage erkannt werden.

**Klageobjekt: Anerkennung der Maßregelung.**  
 Entscheidung: Der Kläger ist gemahregelt.

**Begründung:** In der beklagten Druckerei war die nach dem neuen Tarifabschlusse vom 1. Januar ab einzuführende Verbesserung der Arbeitszeit von einer halben Stunde am Sonnabend noch nicht eingeführt. Als der Kläger am 15. Juni deswegen vorstellig wurde, erhielt er ausweichenden Bescheid. Am nächsten Sonnabend fragte der Kläger nochmals an, worauf er die Antwort erhielt: „Wenn Sie sich nach dem Tarife richten müssen, so können Sie in vierzehn Tagen aufhören.“ Wenn die beklagte Firma, inzwischen auch dieser tariflichen Bestimmung nachgekommen ist, so steht doch fest, daß sie der Kläger wegen Geltendmachung eines tariflichen Rechtes entlassen hat, wozu die Firma nicht berechtigt war. Dem Kläger mußte deshalb der Schutz der Tariforgane gewährleistet werden.

**Klageobjekt: Anerkennung der Maßregelung.**  
 Entscheidung: Der Kläger gilt als gemahregelt.

**Begründung:** Kläger hat infolge seiner letzten Klage beim Schiedsgerichte auf Bezahlung des sogenannten dritten Pfingstfeiertages die Kündigung erhalten mit der Bemerkung des Prinzipals, „daß er mit Leuten, die ihn verklagen, nichts mehr zu tun haben wolle“. Die Kündigung ist also erfolgt, weil Kläger für ein ihm nach § 7 des Tarifes zutreffendes Recht eingetreten war und ist ihm deshalb der Schutz des Tarifes zuzusprechen.

### Betrifft Arbeitsverweigerung.

**Klageobjekt: Verweigerung der Herstellung von Arbeiten (Arbeitsverweigerung).**

**Entscheidung:** Da die Eindrücke, reiner Buchdruck, von einer tarifreuen Buchdruckerei in Auftrag gegeben sind und auch nur Formate in Frage kommen, welche rationell nur auf dem Wege des Buchdruckes hergestellt werden können, so muß die Arbeit seitens der Gehilfen hergestellt werden.

**Begründung:** Bei der klagenden Firma wurden seit einigen Wochen Eindrücke in Stiketten hergestellt, deren Vordruck auf dem Steindruckwege hergestellt sind. Wünschenswert ist, daß Personal, diese Eindrücke weiter herzustellen unter der Motivierung, der Steindruck sei Streikarbeit. (Im Steindruckgewerbe war zu dieser Zeit wegen Einführung eines Tarifes ein Streik ausgebrochen.) Das Ersuchen des Prinzipals, die Arbeit solange fortzusetzen, bis event. das Schiedsgericht entschieden habe, lehnten die Gehilfen ab. Der Prinzipal erklärte darauf, daß er andre Arbeit nicht habe, die Gehilfen demnach aufhören mußten. Die Gehilfen verließen hierauf das Geschäft, kehrten jedoch an andern Tage zurück. Die Arbeit an den beanstandeten Eindrücken ruhte jedoch nun bis zur Entscheidung des Schiedsgerichtes. In der Verhandlung vor dem Schiedsgerichte wurde festgestellt, daß die Eindrücke reine Buchdruckarbeit sind, welche obendrein schon seit Jahren an andere Druckereien vergeben war und hergestellt worden ist, nur aber kontraktlich auf ein Jahr von der jetzt herstellenden Firma übernommen ist. Die gefertigten Manuskripte sind von der Massenaufträge genommen, die Eindrücke selbst jedoch werden mit zwölf Stiketten in einer Form und in Formaten vorgenommen, sodas ihre Herstellung, wenn sie auf dem Steindruckwege vorgenommen würde, als unrentabel zu bezeichnen wäre. Von der Herstellung einer Arbeit, welche die Steindrucker liegen gelassen, kann nicht die Rede sein, sondern nur von einer wirklichen Buchdruckarbeit. Außerdem ist die Firma, für welche die Arbeiter hergestellt werden, eine in dem Tarifverzeichnis befindliche. Es mußte daher

wie gesehen erkannt werden. Im Prinzip aber wird anerkannt, daß 1. die Herstellung von Arbeiten, welche durch die Technik oder durch Auftrag des Bestellers in das Buchdruckgewerbe vollständig übergehen, nicht verzehret werden darf; 2. Umbdruck von Schriftzügen, wie solche in laufender Rechnung bislang geliefert wurden, ebenfalls weiter herzustellen sind.

**Klageobjekt:** Arbeitsverweigerung.  
**Entscheidung:** Der von den Stereotypen eingeklagte Weg war tarifwidrig. Sie hatten, wenn sie über irgendwelche Fragen aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Geschäft nicht einig werden konnten, die tariflichen Instanzen anzurufen. Eine Arbeitsverweigerung irgendwelcher Art darf nicht stattfinden. Klages für die nächstfolgende Nummer der Zeitung sind von den Zeitungsstereotypen zu machen, falls Abzidenpersonal nicht mehr vorhanden ist.

**Begründung:** Ein Stereotypen in einem großen Zeitungsdrucke erhielt den Auftrag, zwei Klages für die Zeitung auf Bleisatz zu bringen. Während derselbe diese Arbeit ausführt, liegen sechs Fertigmacher die Platten, die für die Abendzeitung fertig gemacht werden mußten, stehen, angeblich, weil sie nicht nötig hätten, für ihren Vordermann, der die beiden Klages machen sollte, Platten fertig zu machen. Ferner weigerten sich die Stereotypen, Klages zu machen, da dies Abzidenarbeit sei. Bisher waren diese Arbeiter anstandslos gemacht worden. Stereotypen sind genügend vorhanden; eine Ueberlastung in der Zeitung ist ausgeschlossen, denn die Arbeitszeit wird nicht einmal voll ausgenutzt. Der Vertrauensmann der Gehilfen erklärt, daß sie die Arbeit nicht verweigert hätten, sondern sie hätten nur gewartet, bis ihr Vordermann mit den beiden Klages fertig war. Sie seien nicht aufgefordert worden, dessen Arbeit mit zu machen. Wenn sie Klages für die Zeitung nicht mehr machen wollten, so beruhe dies darauf, daß sie nur für die Zeitung engagiert seien und die Anfertigung von Klages als eine Arbeitsüberlastung betrachteten. Das Schiedsgericht konnte sich aus vorstehendem davon nicht überzeugen, daß sich die Kläger mit ihrer Stellungnahme im Rechte befunden hätten, und deshalb mußte wie gesehen geteilt werden.

### Betrifft Benutzung tarifwidrigen Arbeitsnachweises.

**Klageobjekt:** Beeinträchtigung der Organisationszugehörigkeit und Tarifbruch.

**Entscheidung:** Die Handlungsweise der beklagten Firma ist tarifwidrig, indem sie Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweise des Gutenbergbundes nimmt. Tarifreue Firmen sind nicht berechtigt, andere Arbeitsnachweise als den paritätischen zu benutzen. Da die Beklagte die Absicht ausgesprochen hat, auch in Zukunft den Arbeitsnachweis des Gutenbergbundes zu benutzen, so wies gleichzeitig erklärt, daß eine fernere Benutzung dieses Arbeitsnachweises das Schiedsgericht veranlassen würde, die Streichung der Firma zu beantragen. Da die Einstellung der Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweise des Gutenbergbundes zeitlich zu weit zurückliegt, hat das Schiedsgericht davon Abstand genommen, die Entlassung dieser Gehilfen zu fordern.

**Begründung:** Die Kläger behaupten, daß die Firma fortgesetzt Kräfte vom Nachweise des Gutenbergbundes bezieht. In den letzten vier Jahren sei der paritätische Arbeitsnachweis etwa dreimal benutzt worden, und zwar nur dann, wenn es der Firma nicht gelang, anderwärts Arbeitskräfte zu erhalten. Als ein Kollege seine Stellung verließ, seien Verbandsmittglieder, welche sich meldeten, zurückgewiesen worden, da die Firma erklärte, sich mit dem Gutenbergbunde in Verbindung gesetzt zu haben. Anderen Kollegen seien Karten geschrieben worden, sie müßten sich vorstellen; ihnen wurde dauernde Kondition versprochen, wenn sie aus dem Verbands austreten würden. Die Darlegungen der Beklagten ändern nichts an dem gegebenen Sachverhalte, und deshalb kann das Schiedsgericht den Ausführungen der Beklagten nicht beitreten. Der von derselben erhobene Einwurf, daß ihr nicht bekannt sei, daß der Arbeitsnachweis des Gutenbergbundes von tarifreuen Firmen nicht benutzt werden dürfe, verliert den Anschein einer Entschuldigung, nachdem die Beklagte erklärt, sie werde sich hiervon auch in der Zukunft nicht abhalten lassen. Es ist damit vielmehr die Absicht dokumentiert, nach wie vor den Beschlüssen des Tarifausschusses zuwider handeln zu wollen, und die Ausführung dieses Vorhabens wäre einem Tarifbruche gleich zu achten.

## Korrespondenzen.

**G. T. Berlin.** (Verein Berliner Korrektoren.) In der am 15. Dezember stattgehabten Sitzung wurde zunächst der seinerzeit wegen Erkrankung des Kollegen Nie zurückgestellte Vortrag über fremdsprachlichen Satz gehalten. Der Vortragende äußerte sich insbesondere über Schwierigkeiten im Satze des Französischen, Englischen und Italienischen. Trotz der nur eineinhalbständigen Dauer dieses Vortrages in Bezug zu dem reichhaltigen Thema brachte Kollege Nie doch sehr viel Wissenswertes und Befriedigendes vor Kenntnis der Zuhörer. Dem Redner wurde für seine vorzüglichen Darlegungen der Dank der Versammlung zuteil. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Rückblick auf das verstlossene Vereinsjahr“, wurde bis zur Generalversammlung, welche am 19. Januar 1908 stattfindet, vertagt. Als Vorträge zur Verbands-generalversammlung wurden den Mitgliedern zwei in Vorschlag gebracht und von dieser gutgeheißen. Die zu Anfang dieses Jahres aufgenommene Lohnstatistik ge-

langte zur Verteilung. Ein Kollege wurde aufgenommen und drei Neumeldungen erfolgten. In dem Berichte der letzten Sitzung ist richtig zu stellen, daß die Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands die Erwidierung auf den Artikel Bauers-Hamburg an das „Archiv für Buchgewerbe“ eingehandelt hat. Kollege Reinecke war als nächstbeteiligter nur der Schreiber des Artikels.

**Berlin.** (Brandenburgischer Maschinenerverein.) In der Versammlung am 8. Dezember wurden zunächst die Verhältnisse bei der Firma Döfner (früher Belling) einer Kritik unterzogen. Beim Uebergehe von der einfachen zur Doppelschicht wollte die Geschäftsleitung die neunfünfundig Arbeitszeit beibehalten, wofür jedoch die durch den paritätischen Arbeitsnachweis vermittelten Kollegen nicht eingingen, weil in Berlin auch in Werkbetrieben die achtstündige Arbeitszeit bei Doppelschicht Urfache ist. Es fanden sich von außerhalb Arbeitskräfte. Augenblicklich arbeitet die Tagsschicht 8 1/2, die Nachtschicht 7 1/2 Stunden effektiv. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der Geschäftsreklame der „Monoline“-Fabrik. Bedauerlich sei es, daß auch der „Korr.“ zu diesem Zwecke mißbraucht wird. Die Fabrik veröffentlicht Zeugnisse namhafter Firmen, die vor Jahren ausgestellt sind, augenblicklich aber nicht mehr den Tatsachen entsprechen. So prunkt die Fabrik mit einer großen Zahl von Bestellungen, während in Wirklichkeit ein Teil der Maschinen wieder abgehandelt wird. Am 5. Januar: Generalversammlung im „Gewerkschaftshaus“, Engelshofer 15, woselbst von jetzt ab wieder alle Versammlungen abgehalten werden.

**Gottesberg.** Von der „Stattblatt“-Druckerei Gottesberg (Inhaber: Karl Reißberg) erhalten wir folgende Zuschrift: „In Nr. 147 Ihrer geschätzten Zeitschrift berichten Sie unter „Walzenberg“ über eine angebliche Preisabschwärzung von unserer Seite bei Ausschreibung der Arbeiten für das neue Knappschäftsstatut. Dieser Bericht entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Wir finden es ferner höchst sonderbar, daß Ihr Referent, der in keiner Weise über diese Ausschreibung unterrichtet zu sein scheint, wie seine falsche Kombination beweist, mit seinem Referate — ohne Nachprüfung — Eingang in Ihre geschätzte Zeitschrift finden konnte. Wir fügen Ihnen ein Statut als Beweis für unsere folgenden Angaben bei. 1. Die Arbeit umfaßt nicht 90 Seiten, sondern nur 46; dies dürfte wohl ein erheblicher Faktor für die Berechnung der Satz- und Druckkosten sein. 2. Dann ist unser Statut nicht, wie bei der 90 Seiten-Kalkulation der konkurrierenden Firmen, seitlich Bogen auf Bogen gesteuert und rückengebunden, sondern einfach einmal durchgehende. 3. Haben die Konkurrenzfirmen blau Aktiendeckel als Umschlag in Anschlag gebracht, während wir nur Umschlagpapier — wie vorerst gewünscht — kalkulierten. Da nun aber bei Vergabe der Arbeit unter Bewilligung der Mehrkosten für den Umschlag und auch für ein besseres Innenpapier uns der Zuschlag wurde, so dürfte die Preisdifferenz nach Ihrem Berichte etwa 700 bis 800 Mk. betragen. Diese Summe wird in den zwei Bogen Mehrsatz und Mehrdruck und der Buchbinderarbeit, die Ihr nichtunterrichteter Referent mit der Konkurrenz überkalkulierte, nicht enthalten sein. Hinzu kommt noch, daß wir eine Falzmaschine zur Verfügung haben, die uns den ganzen Bogen bis zur Fertigstellung.“ (Anmerkung der Redaktion: So wünschenswert es ist, daß unsere Kollegen in der Öffentlichkeit gegen preisfehlende Firmen vorgehen, ebenso bringen müssen wir wünschen, daß man sich genau vorher informiert, ob ein solcher Fall in der geschützten Form vorliegt. Es bleibt uns unverständlich, wie man z. B. im vorliegenden Falle von 90 Seiten Text reden konnte, während es laut Beweis nur 46 Seiten sind. Daß dann die daran geknüpften rechnerische Kombination auf beiden Seiten hinken muß, ist selbstverständlich. Ohne Einwendung der Beweismittel werden wir künftig keine derartige Notiz mehr aufnehmen.)

**B. Sidburghausen.** „Der Verband der Deutschen Buchdrucker und seine Tarifpolitik, unter besonderer Berücksichtigung des Organisationsvertrages“ lautete das Thema, über welches unser Gauvorsitzer Helmholz in einer am 15. Dezember abgehaltenen öffentlichen Buchdrucker-Versammlung, die auch von Kollegen aus Koburg, Weiningen, unsern jüngsten Reise-Sonnberg sowie anderen organisierten Arbeitern gut besucht war, referierte. Eingangs schilderte Redner die zurzeit im Vordergrund des Interesses stehenden kritischen Fragen, vor die unsere Organisation jetzt gestellt sei und die diese mit Geschick und ohne Verletzung unserer Prinzipien zu lösen verstehe, behandelte dann kurz das Werk unser unvergeßlichen Härtel, ließ die Kämpfe, Tarifabmachungen, Erfolge wie Niederlagen des Verbandes an unserm geistigen Auge vorüberziehen, schilderte die Entstehung und unrichtige Handlungsweise der den Namen Gutenbergschändernden Buchdruckerorganisation, um dann den Organisationsvertrag ausführlich zu behandeln, unter Zugrundelegung der gefaßten Beschlüsse der Gauvorsitzertagung. Kollege Helmholz enterte für die Klaren, ganz vorzüglichen einmündelständigen Ausführungen den wohlverdienten Beifall. In der Diskussion wurden die von dem Kollegen Helmholz berührten Fragen eingehend debattiert. Von außenstehender Seite drehte sich die recht lebhaft Diskussion namentlich um die chinesische Mauer, die wir um unser Lehrlingswesen gezogen und über die — bürgerlichen Buchdrucker. Prompt und an der Hand unwilliger Materialien wurden diese Fragen vom Referenten und anderen Diskussionsrednern entkräftet. Zu bedauern ist nur, daß trotz dieses wichtigen Themas es dennoch einige Kollegen vorzogen, der Versammlung fern zu bleiben. Ihrer organisatorischen Schulung kann dies

nur schaden. Hoffentlich beehrt uns unser Gauvorsitzer recht bald wieder mit einem derartigen belehrenden Vortrage, der Dank wird ihm nicht ausbleiben.

**k. Köln.** (Maschinenmeisterverein.) Um das zu Ende gehende Vereinsjahr würdig abzuschließen, fand am 10. Dezember eine Allgemeine Maschinenmeister-Versammlung statt mit dem Thema: „Unsere Sonderbestimmungen im neuen Tarife.“ Referent war unser Vorsitzender Kiefer, welcher sich denn auch seiner Aufgabe in bester Weise entledigte. In Hand von Beispielen und tatsächlichen Vorkommnissen aus der Praxis erläuterte Referent die verschiedenen Paragraphen in ausgiebiger Weise, so den Kollegen ein klares und verständliches Bild schaffend über unsere Sonderbestimmungen, denen die Kollegen von der Maschine leider noch allzu oft verständnislos gegenüberstehen dadurch, daß diese Bestimmungen die Kollegen oft nicht nutzbringend anzuwenden wissen, schädigen sie sich unbenutzterweise selbst. Zum größten Teile sei es aber auch ihre eigene Schuld. Wo soll aber auch die Aufklärung herkommen? Denn obwohl man sich in allerlei Rauch-, Stat- oder Regelstubs Mitglied, halten sie es doch nicht für notwendig, sich ihrem Spartenvereine anzuschließen, dessen erste und einzige Aufgabe es doch sei, den Kollegen Belehrung in tariflicher und technischer Beziehung zu geben. Es sei ja gewiß keinem Kollegen zu verdenken, wenn er nach des Tages Laft und Mühen sich des Abends noch einige Stunden geistigen Freuden hingibt, darüber darf man aber seine gewerkschaftlichen Pflichten nicht vergessen. Jedoch tagsüber die Faust in der Tasche halten, um sich dann des Abends die Unannehmlichkeiten im Geschäft in bereits genannten Vereinen zu verschneiden, das sei doch ein ganz verkehrter Weg. Nur durch den Verband und in ganz speziellen Fragen durch unsere Spartenvereinigung sei es möglich, noch bestehende Mißstände im Maschinenlaale zu beseitigen. Mehr als ein Duzend Fälle konnte Referent anführen, wo die Kollegen bis zu einem Jahre und länger sich um ihre Sparte nicht gekümmert; sobald ihnen aber einmal im Geschäft Unannehmlichkeiten bereitete, da konnten sie den Weg zum Vorstande finden. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, sich mehr am Vereinsleben zu beteiligen, und an diejenigen, welche dem Vereine noch nicht angehören, sich doch demselben anzuschließen, schloß Referent seine längeren, mit großem Beifalle aufgenommenen Ausführungen. Die darauf einsetzende Diskussion ergab die Richtigkeit des im Referate Angeführten und wurde daselbst aus der Mitte der Versammlung noch um einige krasse Fälle ergänzt. Unter „Verschiedenes“ wurde nochmals mit Rücksicht auf die, in der Versammlung anwesenden, aber unsern Vereinen noch nicht angehörigen Kollegen das Rundschreiben 22 der Zentralkommission einer Besprechung unterzogen. Die sehr anregende Diskussion ergab daselbst Resultat wie bereits in unserer letzten Monatsversammlung. Sie gab der Meinung Ausdruck, daß man der Zentralkommission nur dankbar sein könne, daß sie mit ihrem letzten Rundschreiben uns einmündel klaren Wein eingeschickt habe, und man ihr sowohl als auch den Druckexperten vollstes Vertrauen entgegenbringen können. Jedenfalls — und das ist ja auch bereits auf der Generalversammlung in Dresden anerkannt worden — haben die Sparten durch ihre intensive und uneigennütige Aufklärungsarbeit zum Gelingen der Aufnahme der Sonderbestimmungen im neuen Tarife am meisten beigetragen. Sollte nun aber der Versuch gemacht werden, durch allerhand unrichtige Behauptungen den Lebensfaden der Sparten zu unterbinden, so dürfte man sich an „allerhöchster“ Stelle ins eigene Fleisch schneiden. Die Diskussion war, wie schon gesagt, sehr anregend und hätte ebenfalls noch länger gedauert, wenn die Zeit nicht schon zu weit vorgeschritten. Kollege Kiefer erwähnte nochmals die Kollegen zu festem Zusammenhalten und schloß mit einem Hoch auf den Verband und die Maschinenmeistervereine die gut verlaufene Versammlung. Inzwischen hatten sich diejenigen Kollegen, welche dem Vereine noch nicht angehörten, sämtlich zur Aufnahme gemeldet, und so können wir auf ein gutes Resultat dieser Versammlung zurückblicken.

**Kottbus.** In der Versammlung am 14. Dezember sprach Kollege Beck über den Organisationsvertrag. Bei der darauf folgenden Aussprache wurde natürlich auch des Gutenbergbundes ehrend gedacht. Auf Antrag des Kollegen Reusch schloß sich die Versammlung einstimmig der Resolution der Berliner Kollegenschaft an. Zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen gegen mißbräuchliche Belegstellenstellung wurde eine Kommission gewählt, welche schon in den nächsten Tagen ihre Aufgabe in Angriff nehmen wird. Um dem in letzter Zeit sich wieder breit machenden Restantenwesen zu steuern, beschloß die Versammlung, die sämtlichen Beitragszahler unter Angabe der Zahl ihrer Reste auf den Versammlungsakten bekannt zu geben.

**Leipzig.** Die am 13. Dezember nach dem „Abertgarten“ einberufene Mitgliederversammlung hatte sich eines sehr guten Besudes zu erfreuen, so daß ein beträchtlicher Teil der Erschienenen mit „Stehplätzen“ fürlich nehmen mußte. Hauptsächlich war dies außerordentliche Besuch so kurz vor dem Weihnachtsfeste wohl dem zweiten Tagesordnungspunkte: „Die Aufnahme des Gutenbergbundes in den Organisationsvertrag“, zu verdanken. Auch den hiesigen, 50 Mitglieder starken Ortsverein des Gutenbergbundes schien dieser Tagesordnungspunkt sehr zu interessieren, denn schon am frühen Morgen hatte sich ein Abgesandter dieser Arbeitswilligenorganisation im Versammlungslokale eingefunden und sich der Mühe unterzogen, die Tische mit Makulatur zu belegen, welche die Aufschrift „Der Typograph“ trug. Nachdem

durch Versammlungsbeschlüsse die Konditionslosen in der üblichen Weise eine Extratraktierung zur Weihnachtsfeier zugesprochen erhielten, führte Kollege Engelbrecht aus, daß die beantragte Aufnahme des Gutenbergbundes mit Recht eine große Erregung unter den Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hervorgerufen habe; sei es doch hinreichend bekannt, daß der Bund die traurigste Rolle gespielt habe, welche jemals in der Geschichte der Arbeiterzuspaltung und des Arbeiterbundes zu verzeichnen sei. Dessen ungeachtet magte sich diese Gesellschaft an, als gleichberechtigter Kontrahent mit am Tische der Tariforganisation sitzen und mit raten und taten zu wollen. Allerdings sei es nicht das erste Mal, daß der Bund einen derartigen Anlauf nehme, um nach außen hin mehr in die Erscheinung zu treten, damit er auf diese Weise eine größere Werbefähigkeit für sich gewinnen könne, die dem Bunde wegen seiner unruhigen Vergangenheit vollständig abgehe. Bei früheren Tarifverhandlungen habe der Bund nur mit dem Erfolge mitgewirkt, daß ihm sein nicht allzu kleines Sündenregister verlesen und er dann zur Türe hinauskomplimentiert wurde. Daß der Bund schon längst auf einem toten Punkte angekommen sei, beweise die Tatsache, daß derselbe es trotz seines 15jährigen Bestehens im gesamten Deutschen Reiche nur auf 2800 Mitglieder gebracht habe, während der Verband im letzten Jahre allein über 3000 Aufnahmen zu verzeichnen hatte. Durch seinen Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften suche der Bund nun das Ziel zu erreichen, welches er allein zu erreichen nicht in der Lage war. Noch niemals sei für den Bund eine derartige Agitation entfaltet worden als jetzt. Für den Bund handle es sich jetzt um seine Existenz, daher der Lärm, deshalb diese Kühnheit. Mit Hilfe der Christlichen, der gesamten Reaktion und der Verbände suche sich jetzt der Gutenbergbund die Anerkennung zu erzwingen, die er auf legalem Wege nicht erreichen konnte. Dieser Machtentfaltung müßten auch wir eine Macht entgegensetzen und erklären, daß wir auf keinen Fall gesonnen sind, mit dem Gutenbergbunde zu partiiieren. Durch eine Anerkennung des Bundes würden wir demselben nur die nötige Lebensfähigkeit verleihen, ihm den so notwendigen Atem einblasen. Dazu läge aber für uns keine Veranlassung vor, deshalb müsse die Parole der Verbandsmitglieder lauten: Keine Aufnahme des Gutenbergbundes in den Organisationsvertrag! Nach dem mit Beifalle aufgenommenen Referate ergriff zunächst Kollege Wießler das Wort, welcher glaubte einen Widerspruch zu finden zwischen den Ausführungen Engelbrechts und der in dieser Sache zu verständig klingenden Schreibweise des „Korr.“ Mit Recht wies Kollege Rehfäuser u. a. darauf hin, daß er glaube, mit seinen 29 Artikeln über den Gutenbergbund doch zur Genüge bargetan zu haben, welche ablehnende Haltung er dem Bunde gegenüber einnimmt. Kollege Nachschmidt führte aus, daß er, durch seinen Widerspruch zwischen den Ausführungen Engelbrechts und der Schreibweise des „Korr.“ finden könne. Die betreffende Artikelserie sei geradezu ein geschickliches Meisterwerk, daß der Bund in seiner erbärmlichen Nacktheit zeige, so daß es keinem tariftreuen Kollegen möglich sei, eine Aufnahme des Gutenbergbundes zu beschließen. Die Kollegen Sauerbier und Bößling, welche auch gegen die Aufnahme des Bundes sprachen, kritisierten die sogenannte Geheimnistramerei, welche nach ihrer Ansicht seitens der Verbandsinstanzen bei wichtigen Anlässen betrieben werde. Kollege Rehfäuser erklärte demgegenüber in überzeugender Weise, unter welchen Umständen gerade bei sehr wichtigen, die fernere Gestaltung unseers Organisationslebens betreffenden Fragen in taktischer Weise verfahren werden müsse, um den Erfolg für uns zu haben. Nachdem noch die Kollegen Dreßler und Bruchardt sich zur Sache geäußert, machte ein Schlussantrag der Diskussion ein Ende. Hierauf gelangte eine im Sinne der Engelbrechtschen Ausführungen sich bewegende Resolution gegen eine Stimme zur Annahme. Mit dem Hinweis des Vorsitzenden, daß die Kollegen auch ferner in derselben einhelligen Weise zusammenstehen mögen, wie sie jetzt dieser Resolution zugestimmt haben, schloß derselbe die imposante Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker.

**Mainz.** Die für den Kollegen Heinrich Stallbaum im Gau Mittelrhein veranstaltete Sammlung hatte bis jetzt nachstehendes Ergebnis: Ortsverein Mainz 223,58 Mark, Bingen 12, Ingelheim 10, Oppenheim 5,90, Alzey 4, Gau-Ingelheim 2,50, Pfaffenst. 2, Wiesbaden 75,45, Hebrich 20, Rimburg (Rahn) 25,75, Reunfichten 11, Saar-Louis 7, Dürkheim 8,40, Oberstein 8, Saarbrücken-St. Johann 28,50, Trier 50, Heidelberg 35,05, Speier 20, Hanau 30, Kaiserslautern 38,35, Neustadt a. G. 20 und von der Gauverwaltung 50 Mk. Weitere Eingänge werden später veröffentlicht werden.

**S.-b. München.** Die am 15. Dezember abgehaltene Monatsversammlung erfreute sich wiederum eines ziemlich guten Besuchs und wäre es wünschenswert, daß diese regere Anteilnahme andauern möge. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende das Resultat der Ortskrankenkassen-Generalversammlung bekannt, woraus zu entnehmen ist, daß in Zukunft zwei Karenztage in Wegfall kommen, daß zur Untersuchung weiblicher Patienten eine Aertzin anzustellen oder einzuziehen sei und daß „erwerbsfähige Krankheitswochen“, die zwischen dem Bezuge von Krankengeld liegen, dem Krankengeldbezüge von 26 Wochen nicht mehr hinzugerechnet werden sollen. Da letzterer Antrag bereits einmal von der Regierung nicht genehmigt wurde, dürfte abzuwarten sein, welchen Standpunkt die Regierung jetzt einnimmt. Die Gewährung des Gehaltes an Kassenbeamte während der Ausübung

eines Landtags- oder Reichstagsmandates und die Einführung der durchgehenden Bureauezeit wurden abgelehnt. Der Bericht des Stuttgarter Maschinenmeistervereins in Nr. 140 des „Korr.“ veranlaßte den Vorsitzenden zu folgender Erklärung: „Es ist eine unverantwortliche Mäße, daß Kollegen mit der Kondition in der Tasche abgewiesen wurden. Tatsache ist, daß sich in letzter Zeit die Fälle ungemein vermehrt haben, wo Kollegen direkt aus Kondition von Stuttgart hierhergeführt, ohne die vorgeschriebenen Einkundigungen einzuziehen, trotzdem der Artikel b der Vorstandsbeschlüsse (Ortsunterstützung betreffend) in seinem § 4 Abs. 1 ausdrücklich vorschreibt: Ein Wohnungswechsel außerhalb des Gaues bedarf der Genehmigung desjenigen Gauvorstandes, in dessen Bezirk der Arbeitslose sich aufzuhalten gedenkt; worauf auch der Zentralvorstand schon des öftern im „Korr.“ hinwies und die Mitglieder auf die entstehenden Konsequenzen im Falle der Nichtbeachtung dieser Bestimmungen aufmerksam machte. Diese Bestimmung gilt nach unserer Meinung für ganz Deutschland, also auch für die Stuttgarter Maschinenmeister. Wenn nun im genannten „Korr.“ Berichte von den gleichen Rechten und Pflichten der Mitglieder die Rede ist, so dürfte es in allererster Linie angebracht erscheinen, die Stuttgarter Maschinenmeister mehr wie bisher auf ihre statutarischen Pflichten aufmerksam zu machen. Aus diesem angeführten Grunde und infolge der hier vorliegenden hohen Zahl von Konditionslosen Maschinenmeistern ist verschiedenen Kollegen die Unterstützung verweigert worden. (Eine größere Anzahl derartiger Fälle wurde unter genauer Präzisierung als Beweis dafür namentlich angeführt.) Von hier konditionierenden Stuttgarter Maschinenmeistern wurde an ihre Freunde geschrieben und diesen Adressen hiesiger Firmen, die trotz der schlechten Erfahrungen, welche sie schon des öftern gemacht haben, immer wieder darauf verfallen, auswärtige Kräfte einzustellen, zugesandt, worauf diese dann nach München fuhren, von Firma zu Firma liefen, um sich anzubieten — besser gesagt: anzubetteln. Es ließen sich Duzende von Fällen nachweisen, wo diese Kollegen Konditionen zum Minimum oder höchstens 1 bis 2 Mk. darüber angetreten haben, die bisher 3, 5 und 8 Mk. über Minimum bezahlt waren. Welcher Nachteil dadurch den hiesigen Maschinenmeistern erwächst, dürfte einleuchtend und das Vorgehen des Vorstandes rechtfertigen. Ein Vergleich der Konditionslosenziffer zwischen Stuttgart und München ergibt folgendes lehrreiche Bild: In Stuttgart trifft durchschnittlich laut vorliegenden Wochenrapporte auf 12 bis 15 Konditionslose Seiger ein konditionsloser Maschinenmeister, in München dagegen schon auf zwei bis drei Seiger ein Maschinenmeister; die Statistik Münchens im letzten halben Jahre ergibt bis zur 20. Woche auf zwei Konditionslose Seiger einen Maschinenmeister, 20. und 21. Woche auf einen Seiger einen Maschinenmeister (42 zu 42), 22. Woche auf einen einhalb Seiger einen Maschinenmeister und von da ab auf ein dreiviertel Seiger einen Maschinenmeister, gegenwärtig auf 65 Seiger 39 Maschinenmeister.“ Diese Zahlen sprechen dafür, wie notwendig es ist, daß der Vorstand energisch vorgeht und Kollegen zurückweist, die den Anforderungen unseers Statutes und des Zentralvorstandes direkt zuwiderhandeln. Angesichts dieser Tatsachen dürften die gemachten Ausführungen über das vermeintliche Bestehen eines „bayerischen Verbandes“ genügend geklärt und hinfällig erscheinen. Wir bezweifeln übrigens, daß die im Berichte erwähnten Neuerungen gefallen wären, wenn diese Herren gesinnt hätten, daß dieselben zur Berichterstattung verwendet werden, denn sie sind direkt gegen besseres Wissen gemacht. Darüber dürfte wohl kein Zweifel bestehen, daß andere Mitgliedschaften in ähnlich liegenden Fällen ebenso streng nach den vorhandenen Beschlüssen handeln würden, wie dies in letzter Zeit von uns gemacht werden mußte als statutarisch festgelegter Akt der Selbsthilfe.“ Der allseitig gepensete Beifall kann als Beweis dafür angesehen werden, daß die Mitgliedschaft München das Vorgehen des Vorstandes als den Verbandsinteressen voll und ganz entsprechend anerkennt und das wahrheitswidrige Benehmen einzelner Mitglieder des Maschinenmeistervereins Stuttgart entschieden verurteilt und mißbilligt. Der Gaubericht für das dritte Quartal wurde vom Kollegen Böllitz zu Protokoll gegeben und von den Gaurevisoren Entlastung beantragt, die gewährt wurde. In längeren Ausführungen wurde gegen die Aufnahme des Gutenbergbundes in den Organisationsvertrag gesprochen. Es wurde weiter betont, daß man gegen die auf der Gauvorsitzerkonferenz beschlossene Aufhebung des § 4 des Organisationsvertrages sei, da dadurch die Monopolstellung des Verbandes aufgehoben würde und der Betrag für uns jeden Wert verliere. Da die Prinzipale uns aber laut § 9 dazu gebrauchen wollen, gemeinsam mit ihnen gegen die Schleuderer vorzugehen, so verlangen wir auch den § 4, oder der ganze Organisationsvertrag soll fallen. Der zweite Vorsitzende der Typographischen Gesellschaft, Kollege Bauerl, wurde zu einem Vortrage: „Vespöhung der Johannisfestdruckachen“, verbunden mit deren Ausfertigung, gewonnen und entledigte sich seiner Aufgabe in bankenswerter Weise. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige interne Angelegenheiten besprochen, die zu erweitern für die Allgemeinheit weniger von Interesse sind. Nicht unerwähnt kann es bleiben, daß im letzten Versammlungsberichte die ausdrücklich zur Berichterstattung verlangten Ausführungen eines Redneers mit dem Hinweise, sie enthielten für die „Korr.“-Redaktion beleidigenden, weggelassen wurden. Es sei hiermit nachdrücklich betont, daß es sich nur um eine Kritik des leider vorherrschenden unangebrachten Tones der Redaktion gegen

über einzelnen Mitgliedern handelte, dessen Abstellung energisch verlangt wurde. (Wenn schon einmal in München einzelne Mitglieder „energisch“ sein wollen, dann mögen sie sich über uns bei den dafür vorhandenen maßgebenden Instanzen beschweren. Redaktion.) Auch ist noch nachzutragen, daß am 4. Dezember eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfand, die sich mit der bevorstehenden Generalversammlung der Ortskrankenkasse befaßte, die trotz des schwachen Besuches sich sehr interessant gestaltete und den Delegierten eine Fülle wertvollen Materials lieferte.

**München.** Eine reichhaltige Tagesordnung wies die am 14. Dezember abgehaltene, gut besuchte Versammlung auf. Es waren Kollegen von Unsbach, Erlangen und Fürth amnest. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurden interessante Mitteilungen über interne Verbandsangelegenheiten gemacht, wobei unter Zustimmung der Versammlung die Tatsache festgestellt wurde, daß man eine Mitgliedschaft von 500 Mann in allen großen, die Allgemeinheit betreffenden Fragen immer im unklaren lasse. Zum „Bericht vom Tariffchiedsgerichte“ führte Kollege W. Kolb ungefähr folgendes aus: Man dürfe den Wert der Tarifgemeinschaften nicht immer von dem Gesichtspunkte aus betrachten, ob sie für den einzelnen Vorteile in bezug auf Lohnhöhe und Arbeitszeitverlängerung bringe, sondern es sei auch darauf Wert zu legen, daß die Einführung des Tarifes glatt — ohne Opfer — vor sich ginge, daß der Mitkontrahent, das Unternehmertum also, gestützt auf eine starke Organisation, ebenfalls die Pflicht für Einführung des abgeschlossenen Tarifes mit übernehme. Dies sei bei uns der Fall; wenn man an die Einführung früherer Tarife denke, so erkenne man erst den Wert der Tarifgemeinschaften. Naturgemäß gebe es aber, was bei der Komplexität unseers Tarifes auch gar nicht vermunderlich sei, öfters Meinungsverschiedenheiten, und es gibt auch Prinzipale, die gern sich über tarifliche Bestimmungen hinwegsetzen. Dies alles zu regeln und zu schlichten, überhaupt über die strenge Ausführung des Tarifes zu machen, dafür sei das Tariffchiedsgericht da. Redner erklärte dann die Bestimmungen, wie sie vom Tarifamente heuer herausgegeben wurden, und wie weit der Organisationsvertrag einwirkte, und gab dann die einzelnen Klagen, die seit Juli beim Tariffchiedsgerichte eingereicht wurden, bekannt, sie im einzelnen besprechend. Nach lebhafter Debatte ersuchte der Redner noch, sich in allen Fragen vertrauensvoll an das Schiedsgericht zu wenden und nicht an das Tarifamt, denn dieses sei oft gar nicht in der Lage, die Sache so zu beurteilen, als es die am Orte befindlichen Tarifinstanzen zu tun vermögen, und vor allem sei es notwendig, daß man über die Kritik des Tarifes nicht die volle Anwendung der einzelnen Paragraphen vergessen möge. Nun kam ein wichtiger Punkt der Tagesordnung, darunter: „Stellungnahme zur Aufnahme des Gutenbergbundes in den Organisationsvertrag.“ Hierzu ergriff Kollege W. Kolb das Wort. (In Unbetracht der veränderten Situation erübrigt sich ein näheres Eingehen auf das Referat und die den Bund ablehnende Resolution.) Zum nächsten Punkte: „Streikzüge durch die russische Gewerkschaftsbewegung“, sprach Herr C. Draug, welcher elf Monate inmitten einem der Hauptherde der Revolution, in Warschau, in Arbeit fand. Redner verstand es in meisterhafter Weise, den Zuhörern all die Pfafen zu schildern, die in Rußland notwendig waren, um eine gewerkschaftliche Bewegung in die Wege zu leiten. Reicher Beifall war der Lohn für diese interessanten Ausführungen. Den letzten Punkt der Tagesordnung: „Bericht über die vereinigte Gewerkschaften“, mußte man leider von der Tagesordnung absehen, da die Zeit inzwischen zu weit vorgeschritten war, um die immer vortrefflichen und sehr interessanten Stimmungsbilder anzuhören. Es wurde der Antrag zum Beschlusse erhoben, vor der Generalversammlung noch eine Versammlung abzuhalten, damit man diesen Punkt erledigen könne.

**-s. Oberhausen (Mtl.).** Die jüngste Monatsversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit rein internen Angelegenheiten. Nachdem dann der Gutenbergbund noch eine sehr anregende Debatte veranlaßte, in welcher erfreulicherweise vollste Einmütigkeit herrschte, gelangte eine entsprechende Resolution zur einstimmigen Annahme. Gegen Schluß der Sitzung machte Kollege Beyer die Kollegen noch darauf aufmerksam, daß unser Kollege Jakob Hündgen (wen kernt nicht unser alter „Kobes“, der schon 37 Jahre in der Rühnschen Druckerei (Schaff) im nächsten Monate (9. Januar) sein 40jähriges Verbandsjubiläum begehen kann. Da Hündgen wohl der einzige Jubilar im ganzen Bezirke Duisburg sein dürfte, so soll sein Verbands- und auch sein 50jähriges Berufsjubiläum demnächst festlich begangen werden. Bestimmte Beschlüsse wurden indes einer späteren Versammlung überlassen, da der Zeiger der Uhr schon ganz bedenklich vorgeschritten war und die meisten Kollegen Sehnsucht nach den heimischen Penaten verspürten.

**Wiesbaden.** Der Vorstand des Bezirksvereins Wiesbaden hatte am 15. Dezember in das Gasthaus „Zur Krone“ eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung berufen, zu welcher die Gesellschafter aus Wiesbaden, aus dem Rheingau, von Oberlahnstein und Ems sehr zahlreich erschienen war. Nachdem der zum Vorsitzenden der Versammlung gewählte Bezirkskassierer Bertina Wiesbaden den Kollegen, namentlich denjenigen aus Rheingau, für ihr zahlreiches Erscheinen gedankt hatte, glaubte er hierin den besten Beweis zu erbringen, daß man der Hebung des Buchdruckerwesens auch hierorts großes Interesse entgegenbringe. Hierauf erteilte er dem Kollege Wacker-Wiesbaden das Wort. Referent sprach

über den Verband der Deutschen Buchdrucker von seiner Gründung bis zur Jetztzeit sowie über: „Die Lage im Buchdruckerberuf“. Für diese schönen Ausführungen erntete er den reichhaltigsten Beifall aller Anwesenden. Er sprach auch den heftigsten Wunsch aus, daß die hier leider noch bestehenden Mißverhältnisse unter den Gehilfen baldigst beseitigt würden und sehr mit Vergnügen der Gründung eines Ortsvereins Müdesheim entgegen. Nachdem noch einige Kollegen das Wort ergriffen und zu der Sachlage die nötigen Aufklärungen abgegeben hatten, schloßen die geschäftlichen Verhandlungen, zu welchen unterdessen auch der Gauvorsteher Fuhs aus Mannheim erschienen war. Der gefälligen Unterhaltung wurden dann noch einige Stunden gewidmet. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker trennte man sich mit dem Wunsche auf baldiges Wiedersehen.

**Sorau (H.-S.).** Am 1. Dezember fand hier eine Allgemeine Buchdruckerversammlung statt, an welcher auch Kollegen aus Sagan und Forst teilnahmen. Die hiesigen Bündler hatten jedoch beschloßen, fern zu bleiben, weil sie, wie aus einem an uns gerichteten Schreiben hervorging, schon im voraus mußten, was der Referent ihnen sagen würde. Unser Bezirksvorsteher Wed-Kottbus hielt einen instruktiven Vortrag über einzelne Bestimmungen des Tarifes und des Organisationsvertrages, hinsichtlich deren mancher Kollege zu falschen Anschauungen und Auslegungen neigt. Leider müssen wir es uns verlagern, ein Gesamtbild des Vortrages zu geben; nur einen für den hiesigen Ort charakteristischen Punkt wollen wir erwähnen: Berechnen im gewissen Gelde und doppelte Kontrolle. Kollege Bed verwies in Bezug auf diesen Mißstand auf den Tarifkommentar von 1902, dort sei auf Seite 73 bis 76 alles gesagt, was für Gehilfen wie Prinzipale als Richtschnur zu dienen hat. Trotzdem finde man bei tariftreuen Firmen das sogen. Berechnen im gewissen Gelde infolge einer schätzbaren Kontrolle. Derartige Klagen kämen in der Regel nur aus Geschäften, in denen von Gehilfen nicht die nötige Energie gezeigt werde, diesem Umfange zu steuern. Es heiße ausdrücklich auf Seite 75 des Kommentars: „So wenig aber der Gehilfe als Gewerbetreibender berechtigt ist, seine Wochenleistung nur nach dem Wochenlohn zu bemessen, so wenig darf der Prinzipal verlangen, daß er ein Satzpenum leiste, das sich so und so viele Mark über den Wochenlohn beziffern müsse.“ Werden solche hohe Leistungen verlangt, so solle auch der Gehilfe eine angemessene Gegenleistung fordern und im Verweigerungsfalle die Konsequenzen ziehen. In einer andern Stelle befrage der Tarifkommentar: „Auf der einen Seite muß also das Geschäftsinteresse zu voller Pflichterfüllung anregen, auf der andern Seite muß das Interesse am Wohlergehen der Gehilfen jede unbezahlte Ausnutzung der Arbeitskraft vermeiden.“ **Dunmühl (S.-S.).** Kollege Baur fragte die Kontrolle: „Es sollte ihm scheinen, als ob in Sorau die Satzkontrolle nicht in dem Sinne unserer tariflichen Gesetzgeber, sondern in einer Weise gehandhabt werde, welche der Absicht des Tarifausschusses widerspricht. Wenn z. B. der Prinzipal vom Seher verlangt, seine Leistung pro Tag in folgender Weise anzugeben: Mittwoch 216 Zeilen Beitt à 51 Buchstaben, 40 Zeilen Korpus à 46 Buchstaben, 7 1/2 Stunden Satz, 2 1/4 Stunden Wölegen, zusammen 9 1/2 Stunden, so sei ein derartiges Verlangen sehr weitgehend. Ein Prinzipal könne sich bei der Bezahlung des Minimums mit der Angabe der Zeilenzahl begnügen, um so mehr, da ein bündlerischer Korrektor die Zeilenzahl nachprüfe und am Wochenschlusse feststelle, wer tüchtig darauflos geschuftet hat und wer nicht. Wehe dann demjenigen Seher, welcher schlechtes Manuscript bekam oder schwierigen Satz bestellen mußte und deshalb einen der tariflichen Bestimmungen für Berechnende entsprechenden Aufschlag an Zeilen dem Nettolohnquantum hinzurechnete! Sollten aber einmal Entlassungen aus solchen oder ähnlichen Gründen geschehen, dann müsse eine Klage beim Tarifschiedsgerichte die Folge sein. Nach einer kurzen Diskussion, in welcher noch einige interessante, den Gutenbergbund betreffende Feststellungen gemacht wurden, trat Schluß der Versammlung ein.

**D. Stuttgart.** Mitgliederversammlung vom 14. Dezember. Unter „Vereinsmitteilungen“ berichtete der Vorsitzende Kayser, daß die Firma Kürschner in Tübingen, nachdem die Kollegen die Kündigung eingereicht hatten, den Tarif mit der neunmündigen Arbeitszeit anerkannt habe, ebenfalls die hier erscheinende „Württembergische Zeitung“ mit ungefähr 60 Kollegen. Bezüglich der Firma Mühlberg in Ulm machte der Vorsitzende inhaltlich jene Mitteilungen, welche bereits in Nr. 144 des „Korr.“ unter „Mundschau“ enthalten sind. Der „Selbstlichen Typographie“ wurden zu ihrer 60jährigen Jubelfeier die herzlichsten Glückwünsche dargebracht. Den Kollegen im Kanton Tessin, welche sich im Streit befinden, wurde die Sympathie ausgesprochen. Vor Annahme einer Kondition in der Schweiz und bei der Firma Reismann-Grone in Essen ward gewarnt. Bei der Feststellung der vertretenen Offizinen waren 44 derselben vertreten mit ungefähr 180 Kollegen, welchen noch viele folgten, so daß der Saal gut besetzt war. Den Bericht von dem am 2. Dezember in Berlin stattgefundenen Gauvorsteher- und Gehilfenvertreterkonferenz erstattete Kollege Kayser. Als erster Tagesordnungspunkt kam der Organisationsvertrag zur Beratung und konnte über die Beratungen hierüber nichts berichtet werden, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Jedenfalls werde den Mitgliedern in der nächsten Versammlung Gelegenheit gegeben werden, hierzu Stellung nehmen zu können. Der nächste Punkt betraf die Spartenbewegung, welche zurzeit Auswüchse zeige, und müsse die nächstjährige

Generalversammlung Mittel und Wege finden, solche Auswüchse zu verhindern. Die Erziehung und Schulung der Mitglieder halte nicht gleichen Schritt mit der Zunahme der Mitgliederzahl und müsse hier das veräuferte nachgeholt werden. Eine Geschichte des Verbandes sei bis zum 50jährigen Jubiläum desselben fertig zu stellen. Die Obligatorisierung des „Korr.“ sei ebenfalls angeregt worden. Auch sollen in Zukunft alle Gattungen durch Vertreter des Verbandsvorstandes besichtigt werden. Die Stellung der Anträge zur Erhöhung der einen oder andern Unterstützung könne nur unter dem Gesichtspunkte vorgenommen werden, daß auch zugleich eine Erhöhung der Beiträge ins Auge genommen werde. Die gute Konjunktur lunge jetzt schon an nachzulassen, und dann sei die Arbeitslosigkeit nicht mehr so vorhanden, und müßte die Mittel des Verbandes wieder mehr in Anspruch genommen werden. Das Vermögen des Verbandes betrage sowieso jetzt nur noch 106 Mk. pro Kopf gegen 112 Mk. noch vor wenigen Jahren. Der Generalversammlung werde auch der Antrag unterbreitet werden, daß mit den Gauzuschüssen aufgedummt werden möge. Zum Schluß wurden die Vorgänge beim Internationalen Buchdruckersekretariate mitgeteilt. In der sich anschließenden Diskussion wurde Auskunft verlangt über die Beratung über den Organisationsvertrag und welche Beschlüsse gefaßt wurden. Der Vorsitzende erwiderte, daß dies nicht zugänglich sei, so lange die Verhandlungen nicht abgeschlossen seien. Die Kollegen möchten sich gedulden, bis der „Korr.“ ausführlich über die Angelegenheit berichte. Trotz des Vorschlages, in eine weitere Wespung nicht einzutreten, denn es gebe das nächste Jahr noch genügend Gelegenheit über die verschiedenen Punkte zu reden, wurde von den Spartenvertretern nicht zugegeben, daß bei denselben Auswüchse vorhanden seien; das Zirkular Nr. 22 der Zentralkommission der Maschinenmeister sei kein Auswuchs, wie es hingestellt werde, denn die Maschinenmeister wollten nur, daß die Uebergangsbestimmungen nicht in den Kommentar aufgenommen werden. Sei dies der Fall, so gelten diese so lange wie der Tarif, und eine solche Venderung des Tarifes habe man sich nicht gefallen zu lassen. Die Kommentierung des breiten „n“ wurde ebenfalls kritisiert. Kollege Knie wies die Angriffe zurück, stellte die Sachlage klar und bezeichnete auch die am 15. Dezember in Würzburg stattfindende Konferenz der Maschinenmeister als einen Auswuchs der Spartenbewegung. Es sei nicht schön von den Vertretern der Sparten, daß sie hinter dem Rücken der Führer solche geheime Konferenzen einberufen. Wenn so weiter gemacht werde, dann könne es kein gedeihliches Zusammenarbeiten mehr geben. Diesen Ausführungen schloß sich der Vorsitzende an. Ueber die Tätigkeit beim Gewerbegerichte berichtete Kollege Witzig, welcher ein Bild entwarf über die dort vorzunehmenden Verhandlungen. Die Klagen, welche Buchdrucker betreffen, werden „wenn es kein außerordentliches Fall ist“, dem Tarifschiedsgerichte überwiesen. Zum Schluß ging Redner noch auf das Verhältnis des Gewerbegerichtsbesitzer zu ihrem Vorsitzenden ein, es ist dies als kein besonders günstiges zu bezeichnen. Den Kollegen wurde angeraten, wenn sie je einmal das Gewerbegericht in Anspruch nehmen müßten, sich nie in einen Vergleich einzulassen und die Entscheidung dem Gerichte zu überlassen. Kollege Baur motivierte hierauf seinen Antrag: „Beanstaltung einer Ostermatinee“, und wäre der etwaige Leberstich zur Errichtung eines Buchdruckereims zu reservieren. Kollege Baur schloß aus, daß er an der Verwirklichung seiner Idee gerade nicht krampfhaft hänge, aber wünschen möchte er, daß seine Idee, den Buchdruckern ein wirklich ideales Konzert zu bieten, gewürdigt und unterstützt werde. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die hiesigen Buchdrucker in ihrer Mehrheit zu einem solchen Konzerte nicht veranlaßt seien, das Beweise jedes Jahr das Fohamnisfestkonzert. Selbst die Kosten, welche durch ein solches Konzert verursacht werden, würden durch die Eintrittspreise nicht gedeckt werden, und wurde Kollege Baur ersucht, seinen Antrag zurückzuziehen. Kollege Baur verteidigte nochmals seinen Antrag und eruchte um Annahme desselben. Bei der hierauf folgenden Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt.

**Trebbin (Kreis Seltow).** In der letzten Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins wurde nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten zu der Zustimmung, in Zukunft den Gutenbergbund als gleichberechtigten Kontaktparten des Verbandes in Bezug auf Veröffentlichung und Nutzung unserer tariflichen Gesetzgebung anzusehen, Stellung genommen. Nach einem eingehend gegebenen Berichte von der Berliner Außerordentlichen Versammlung vom 1. Dezember wurde in der Diskussion allgemein zum Ausdruck gebracht, daß, weil die meisten Bündler in der Provinz ihre „Jegensreiche“ Tätigkeit in puncto Tarifeinführung entfalten, gerade die Provinztowne neben den Großstädten verpflichtet seien, gegen die Aufnahme des Gutenbergbundes in den Organisationsvertrag ihr energisches Veto einzulegen. Eine einstimmig angenommene Resolution gibt dieser Meinung Ausdruck.

### Berichtigungen.

Von der Firma Dr. Theodor Reismann-Grone in Essen-Ruhr erhalten wir unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes nachstehende Berichtigung zur Veröffentlichung im „Korr.“ zugeandt:  
1. Es ist nicht wahr, daß „die Gutenbergbündler jetzt den Dank ernten“, indem von mir denselben, „alles mögliche in den Weg gelegt wird, um ihnen das Leben angenehm zu machen“; vielmehr wird jeder Gutenbergbündler

genau so behandelt wie jeder andere, d. h. nach Leistung und Führung.

2. Es ist nicht wahr, daß „die Nichtorganisierten Zulagen und bessere Stellen erhalten, die Bündler leer ausgehen.“ Vielmehr haben am 1. Januar alle Bündler die tarifmäßige Zulage von 10 Proz., soweit sie dieselbe noch nicht besaßen, erhalten; desgleichen bekamen damals alle älteren Bündler die durchgehende achtmonatshündliche Schicht, und eine weitere Erhöhung von etwa 4 bis 5 Proz. im Dezember dieses Jahres ist neben mehreren Nichtorganisierten auf 16 Bündlern geteilt geworden.

3. Es ist nicht wahr, daß die Bündler „wie die Ausführenden in besonderen Gassen zusammengefaßt“ worden sind; vielmehr sind lediglich einige Nichtorganisierte auf ihren Wunsch in einer Gasse vereinigt.

4. Es ist nicht wahr, daß heute „nur noch elf oder zwölf Bündler“ in meiner Druckerei „ihre Dasein fristen“; vielmehr beträgt die Anzahl der Bündler 32.

5. Es ist nicht wahr, daß einem Bündler bei der Kündigung angedeutet wurde, daß er sich mißliebiger gemacht habe, weil er sein tarifliches Recht gelegentlich der Teilnahme einer Kontrollerversammlung geltend machte; vielmehr ist Geltendmachung tariflicher Rechte nie verdacht worden.

6. Es ist nicht wahr, daß diesem Seher Holtmann gefündigt wurde, „weil er für den Bund agitiert hatte“; vielmehr wurde ihm gefündigt, weil er trotz mehrfacher Verwarnung im Dienste einige Nichtorganisierte „eine verdurte Bande“ genannt hatte.

7. Es ist nicht wahr, daß „die Gutenbergbündler über so viele Tarifverträge meiner Firma das Mantelchen der christlichen Liebe decken“; vielmehr wird der Tarif in allen Teilen eingehalten.

8. Es ist nicht wahr, daß meine Firma „betreffend Personal (sicher in der Klemme sitzt)“; vielmehr erhalte ich so viel Personalangebote, daß ich sie nicht alle verwenden kann.

9. Es ist nicht wahr, daß das Personal beim Engagement „vorher große Versprechungen erhält und hinterher das Nachgesagte hat“; vielmehr wird in allen Fällen das Versprochene unweigerlich gehalten.

10. Es ist nicht wahr, daß bei 30 Pf. Beitrag „an den Bestand der Hauskasse im Leben nicht zu denken ist und daß die Kasse tatsächlich in der Luft hängt“; vielmehr sind meine drei Hauskassen vollständig lebensfähig und sammeln steigende Vermögen an.

Von Herrn Heinrich Peters, Vorsitzender des Ortsvereins des Gutenbergbundes in Essen, erhalten wir gleichzeitig die folgende Berichtigung unter Berufung auf das Preßgesetz:

1. Es ist unwar, daß nur noch 11 oder 12 Bündler bei der Firma Reismann-Grone ihr Dasein fristen. Wahr ist, daß mehr als die doppelte Anzahl Bundesmitglieder dort konditionieren.

2. Es ist unwar, daß der Essener Ortsverein des Gutenbergbundes heute auf 20 bis 22 Mitglieder zusammengeschmolzen ist. Wahr ist, daß der Ortsverein über 50 Mitglieder zählt.

3. Es ist unwar, daß ein früheres Mitglied des Gutenbergbundes bei der obengenannten Firma wegen Agitation für den Bund entlassen wurde. Wahr ist, daß der betreffende Kollege wegen Beleidigung anderer Kollegen entlassen worden ist.

4. Es ist unwar, daß es beim Gutenbergbunde mit der Ausgabung von Maßregelungsunterstützung nicht so genau genommen wird.

5. Es ist unwar, daß bei der Firma Reismann-Grone vom Gutenbergbunde über Tarifverträge der Mantel „christlicher Nächstenliebe“ gedeckt wird.

6. Es ist unwar, daß einem früheren Mitgliede des Gutenbergbundes vom Vorsitzenden des Essener Bundesortsvereins Stellung bei tariftreuen Firmen nachgewiesen wurde.

7. Es ist unwar, daß der Vorsitzende des Ortsvereins Essen (S.-S.), Peters, für ein Vorkelligwerden bei Tarifverträgen nicht zu haben ist. Wahr ist, daß gerade in dem im „Korr.“ angeführten Falle der Vorsitzende mit Erfolg vorkellig wurde.

8. Es ist unwar, daß der Terrorismusfall bei der Firma Fredebeul & Wonen konstruiert worden ist.

Wir wissen zwar in vollem Umfange den Wert derartigen Berichtigungen einzuschätzen, denn nach dem Preßgesetz braucht nicht der Nachweis des Behaupteten geliefert, sondern nur die vorgeschriebene Form gemacht zu werden, was bei den vorstehenden Berichtigungen zutrifft. Andererseits scheint es uns aber doch, als ob auch von unseren Kollegen mehr nach Hörensagen als nach juristisch nachweisbaren Tatsachen berichtet wird. Man kann ja verstehen, daß besonders unsere Essener Kollegen der Firma Reismann-Grone feindlich gegenüberstehen müssen; das entbindet sie aber nicht von der Pflicht, nur nach solchen Unterlagen zu berichten, die jederzeit vor Gericht nachweisbar und die Redaktion des „Korr.“ vor der Blamage solcher „Berichtigungen“ bewahren. Der Zusammenhang beider Berichtigungen liegt auf der Hand und kann sich Herr Dr. Reismann-Grone bei seinem Kampfe gegen den Verband gratulieren, auf ein derart hohes Verständnis bei seinen Bündlern zu stoßen. „Wie der Herr, so's Gescherr!“ Was Herr Reismann-Grone über seine „Hauskassen“ zu berichten wagt, erübrigt eine Kritik unseits, denn der „Verein Schwarze Kunst“ schafft andere Voraussetzungen für die Hauskassen, als sie bisher für dieselbe bestanden haben. Redaktion.

# Rundschau.

Zur Warnung für unsere Maschinenmeister-  
Inlegen möge dienen, daß ein Maschinenmeister in  
Halle a. S. vom Schöffengericht mit 3 Mk. Geldstrafe  
belegt wurde, weil er es geduldet haben soll, daß eine  
Arbeiterin Sonnabends nachmittags nach 5 1/2 Uhr noch  
arbeitete, fünf Minuten nach 5 1/2 Uhr kam der Ge-  
werbeinspektor. Der Angeklagte meinte, er habe der  
Arbeiterin nach 5 1/2 Uhr gesagt, sie solle aufhören. Sie  
habe sich aber nicht daran gehalten und immer weiter ge-  
arbeitet. Von der Arbeit habe er sie doch nicht weg-  
reißen können. Der Amtsanwalt war jedoch der Ansicht,  
der Angeklagte habe die Pflicht gehabt, die Arbeiterin  
mit Gewalt von der Arbeit wegzubringen; dem Gesetze  
müsse Geltung verschafft werden. Grundätzlich stehen  
wir in diesem Falle auf dem Standpunkte, daß nicht der  
Maschinenmeister, sondern der Prinzipal haftbar ist für  
die Uebertretung der Schutzvorschriften für Arbeiterinnen.  
Denn im Interesse des letzteren lag die Vängerarbeit des  
Mädchens, das jedenfalls nicht aus eigenem Antriebe über  
die festgesetzte Zeit hinaus tätig war. Unbeschadet dieser  
prinzipiellen Meinung empfiehlt es sich, wie dieser Fall  
lehrt, aber gewiß, unter keinen Umständen Anlegerinnen  
oder sonstige Arbeiterinnen an den Sonnabenden später  
als 5 1/2 Uhr arbeiten zu lassen.

Die Erschließung des Seherberufes für Blinde  
teilt eine Nachricht einer Berliner Mittagszeitung aus  
Paris mit. Ernst Vaughan, ein um die Förderung des  
Druckes und den gesamten Unterricht für Blinde sehr  
verdienter Mann, ist danach einen Schritt weiter gekommen.  
Es heißt in jenem Artikel: „Seine Erfindung ist sehr  
einfach und darum sehr praktisch. Er hat nämlich Seh-  
kästen für die Blinden konstruiert, die unsere gewöhn-  
lichen Buchstaben enthalten. Nur ist an jedem Be-  
hälter der Buchstabe der Blindenschrift angebracht worden.  
Der Blinde erlernt es sehr bald, sich in diesen Kästen zu  
orientieren, und vermittelt seines Tastgeföhles gewinnt  
er sehr schnell eine große Uebung in der neuen ihm er-  
schlossenen Kunst.“ Man wird wohl in Fachblättern  
bald Näheres über die neue Erfindung Vaughan's lesen.  
Wir halten nicht viel davon, weil Blinde Seher doch ein  
für sie besonders hergestelltes Manuskript haben müßten,  
das sie erst durch Tasten bzw. Föhlen lesen können.

Auch für den Gutenbergbund unbrauchbar ist  
der Seher Richard Markert aus Prenzlau. Wie aus einer  
Briefkastennote im „Typograph“ hervorgeht, ist den ein-  
gegangenen Protesten gegen Markert's Aufnahme Rech-  
nung getragen worden. Wir teilen dies nur mit, weil  
in der vorletzten Nummer von uns Markert's Handlung  
in dem Bunde gemeldet wurde.

In den Umständen getreten sind auch unsere Kol-  
legen in Neuenburg in der Schweiz infolge Scheiterns  
der Tarifrevision. Ob der Streik ein allgemeiner ist,  
entscheidet sich noch unserer Kenntnis.

Eine Buchdruckerei als Kirchenvermögen ver-  
macht hat der von seinem Amte zurückgetretene Fürst-  
bischof Dr. Rohm in Olmütz. Die ihm seinerzeit von  
Kardinal Landgraf von Fürstenberg testamentarisch bedingte  
Buchdruckerei samt Haus in Olmütz hat Dr. Rohm dem  
Erzbischof selbst geschenktweise als Kirchenvermögen  
übergeben.

Eine berechtigte Empörung herrscht in Oester-  
reichs Buchdruckereien darüber, daß ein anlässlich des  
Regierungsjubiläums des Kaisers Franz Josef erschienenen  
und diesem gewidmetes Prachtwerk: „An Ehren und  
Siegen reich!“ im Auslande (Weipzig) hergestellt worden  
ist. Die Schuld trifft die Verlagsfirma Herzog & Co. in  
Wien.

Mit dem zweimal täglichen Erscheinen der  
sozialdemokratischen Presse wird in absehbarer Zeit  
die „Münchener Post“ den Umfang machen.

Ein unwürdiger Konkurrenzkampf zwischen  
Zeitungen fand in Nürnberg-Fürth seinen gerichtlichen  
Abschluss. In den letzten Jahren gelangten an den Verlag  
und an die Expedition der „Nordbayerischen Zeitung“, dem  
jüngsten dortigen Zeitungsunternehmen, sowie an infor-  
mierte Geschäftsleute vielfach anonyme Briefe und Post-  
karten, in denen die „Nordbayerische Zeitung“ möglichst  
schlecht gemacht wurde und von Schwindelzeitung,  
Schwindelaufgabe, Schwindelinferat, Humbug usw. die  
Rede war. Der Verlag der „Nordbayerischen Zeitung“  
hatte den Verleger vom „Fürther Zentralanzeiger“ in  
Verdacht, der Schreiber zu sein, und stellte ihm eine Falle.  
Dann wurde Verleumdungsklage gegen den gedachten Ver-  
leger gestellt. Diesem wurde in der Verhandlung die  
anonyme Schreiberei in sechs Fällen nachgewiesen und  
er der verleumderischen Verleumdung sowie zweier Ver-  
gehen gegen das Gesetz wider den unlauteren Wettbewerb  
schuldig erkannt und zur Gesamtstrafe von 400 Mk. ver-  
urteilt.

Eingelegt worden ist der verantwortliche Re-  
dakteur von der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“.  
In einer Notiz war mitgeteilt worden, ein Stadtverord-  
neter habe Rechnung über angeblich an die Stadt ge-  
lieferte Schlacken eingesandt, und der Bürgermeister habe  
die Zahlung angewiesen, obgleich die Schlacken gar nicht  
geliefert seien. Der Angeklagte gab zu, daß die Notiz  
unrichtig sei; er führte dies auf unzutreffende Bericht-  
erstattung des Verfassers der Notiz zurück. Das Gericht  
erkannte wegen Verleumdung des Bürgermeisters auf zwei  
Monate Gefängnis. Wieder eine ernste Mahnung, bei  
allen Einföndungen an die Presse peinliche Gewissen-  
haftigkeit walten zu lassen!

Die tunlichste Beschränkung in der Anwendung  
des Zeugniszwangsverfahrens ist den badischen  
Staatsanwaltschaften sogleich nach Eingang des bekannten  
Wülföschens Rundschreibens angewiesen worden. Wie er-  
innerlich, wirkte die Affäre Ged (Mannheim) im ver-  
gangenen Jahre viel Staub auf in Baden.

Eine Denunziation richtig behandelt hat eine  
größere Fabrik bei Chemnitz. Auf einer anonymen Post-  
karte wurde der Fabrikleitung die Mitteilung gemacht, daß  
ein bestimmter Arbeiter seiner Gewerkschaft angehöre und  
agitatorisch tätig sei. Auch habe er bei der letzten Reichs-  
tagswahl seine Stimme dem sozialdemokratischen Kan-  
didaten gegeben. Von der Firma ist die Karte an der  
Fabriktafel angeheftet worden, damit sie jeder Arbeiter  
lesen konnte. Die Arbeiter haben einen Zettel darunter  
gehäftet, auf dem sie 10 Mk. Belohnung zusichern dem-  
jenigen, der den Schuft namhaft machen kann. Die  
Firma aber hat dadurch, daß sie die Karte tiefer hängte,  
um sie den Arbeitern zur Kenntnis zu bringen, den Wicht  
schon genügend abgestraft.

Ein schweres Urteil wurde gegen eine Gastwirt-  
schaftsfrau in Bremerhaven in einem Verleumdungsprozeß des  
Vorstehenden Müller vom Seemannsverbande gefällt.  
Diesen Organisationsleiter scheint sich aus Anlaß der  
letzten Kämpfe der seemannischen Arbeiter die Ver-  
leumdungslust besonders zum Opfer erkoren haben, so  
daß er mit fünf Prozessen gegen seine Widersacher vor-  
zugehen sich gezwungen sieht. Die Verleumdigungen  
laufen meistens darauf hinaus, daß Müller käuflich sei  
und alles nur im Interesse der Reeder tue, die ihn an-  
ständig dafür entschädigten. Ein Gericht ließ Müller  
sogar mit 20000, ein anderes mit 100000 Mk. durch-  
brennen. Die angeklagte Gastwirtschaftsfrau hat trotz meh-  
maliger Verwarnung fortgesetzt ihre Gäste mit diesen  
Verleumdungen regaliert. Sie wurde, weil von ihr auch  
nicht der Schatten eines Beweises zu erbringen war, zu  
vier Wochen Gefängnis verurteilt mit dem Hinweife  
darauf, daß man einen Mann, der im öffentlichen Leben  
steht und in seiner Stellung das Vertrauen Tausender  
genießt, unter allen Umständen vor solchen Verleum-  
dungen schützen müsse.

Reiche Ernte hat beim Berliner Bauarbeiterstreik  
die Polizei gehalten. Die polizeilichen Strafmandate für  
Streikposten, das obenrein gesetzlich erlaubt ist, haben  
den Maurerverbände allein 3175,50 Mk. Kosten ver-  
ursacht. Gegen 145 Mitglieder sind Strafmandate er-  
lassen worden. Eine Folge des Kampfes war ferner die  
Erhebung der Anlage wegen Vergehens gegen § 153  
der Gewerbeordnung (Verleumdung usw.) in 47 Fällen  
gegen Streikposten. In neun Fällen erfolgte Frei-  
sprechung, ein Fall wurde durch Vergleich erledigt und  
in 37 Fällen kam es zur Verurteilung. Die in diesen  
Fällen erkannten Strafen belaufen sich zusammen auf  
768 Mk. Geldstrafe und auf drei Jahre elf Monate  
73 Tage Gefängnis. Eine ganze Reihe von Prozessen  
steht noch aus. Die Freiheit des Koalitionsrechtes ist in  
Deutschland ja unantastbar, das Gegenteil können nur  
Nörgler behaupten.

Eine Schadenersatzpflicht für Boylott nicht  
anerkannt hat in Gemäßheit des Reichsgerichtsent-  
scheides vom Juli v. J. das Oberlandesgericht Kolmar,  
indem es ein in dieser Sache verurteilendes Erkenntnis  
des Landgerichtes Mühlhausen aufhob.

Der Reichsvereinsgesetzentwurf in den Einzel-  
parlamenten (Hessen, Bayern) hat eine ziemlich verbe-  
rte Kritik erfahren. Die Regierungen beider Bundesstaaten  
motivierten ihre Zustimmung mit der Notwendigkeit, daß  
einer einheitlichen Gestaltung der Vereinsgesetzgebung auch  
Opfer gebracht werden müßten. Der § 7 fand nament-  
lich auch von Zentrumsseite Bekämpfung. In Bayern  
interpellierte das Zentrum, dessen erster Redner merk-  
würdigerweise aber die Aufhebung der Beschränkungen  
für Minderjährige bebauerte, also sich auch gegen einen  
Vortheil des Entwurfes aussprach.

Ein zweifelhaftes Weihnachtsgeschenk ist dem  
deutschen Volke inoffen geworden, als dem Bundesrate  
nummehr die in der Presse schon lebhaft erörterten Steuer-  
projekte eines Spiritusmonopols und einer Zigaretten-  
banderolesteuer in Gestalt von Gesetzesentwürfen zuge-  
gangen sind. Damit soll die so jämmerlich mißlungene  
Reichsfinanzreform das Kläwetter erhalten, von dem seine  
Verfertiger definitiv — nach unsrer und anderer Leute An-  
sicht vergeblich — eine Gesundung der zerfallenen Reichs-  
finanzen erhoffen. Die Zigarettenbanderolesteuer geht  
nicht in letzter Linie auf Kosten der Tabakarbeiter, einer  
bekanntlich durch die frühere Zablaksteuer schon sehr be-  
drückten Arbeiterkategorie. Das Spiritusmonopol — an  
sich ein weiterer Schritt zum Staatssozialismus — wird  
den stark interessierten Agrariern noch wesentliche Vor-  
theile bringen, denn außer der Beibehaltung der über-  
haupt ungerechtfertigten Liebesgaben auf zehn Jahre wird  
die Regierung beim Kaufe der Brennereien ihr blaues  
Wunder erleben. — Den neuesten Blättermeldungen zufolge  
wird demittiert, daß eine Zigarettenbanderolesteuer dem  
Bundesrate zugegangen oder überhaupt geplant sei. Es  
besteht nur die Absicht, bessere Zigarettenorten mit einer  
noch höheren Steuer zu belegen. Diesem sogenannten  
Dementi ist jedoch entgegenzuhalten, daß das Projekt  
einer Zigarettenbanderolesteuer schon so lange schwebt und  
auch greifbare Gestalt angenommen hat, daß man schwer-  
lich an ein Aufgeben dieses Lieblingsplanes der Regierung  
zu glauben vermag.

Die Tarifföru gewisser Druckereien findet zum  
Theile ihre Erklärung auch durch die von ihnen be-  
rechneten Druckpreise. So liegen uns einige Berechnungen

von der W. Delmango'schen Buchdruckerei in Stolp vor,  
nach deren Kenntnisnahme wir sagen müssen, es ist nicht  
nur die Scheu vor dem Lohn-, sondern auch der Graul  
vor dem Druckpreisetarife, der solche Firmen von einem  
Zusammengehen mit den anderen Prinzipalitäten und der  
Anerkennung der tariflichen Ordnung abhält.

Die Kohlenpreise für 1908/1909 sind soeben vom  
Kohlenyndiate bekannt gegeben worden. Danach würden  
in den Abschlußpreisen, also im Verkehre mit den Groß-  
händlern, folgende Erhöhungen eintreten: Für melierte  
und bestmelierte Fettkohlenorten 25 bzw. 40 Pf. pro  
Zonne, Fett- und Gasflammkohlen 30 Pf., vier Sorten  
von Lußkohle 50 Pf. Für Gasflammförderkohlen ist  
eine Ermäßigung um 25 Pf. eingetreten. Fettkohle  
Nr. 4 wird nur in geringerem Quantum abgegeben werden,  
angeblich, weil der Bedarf an Fettkohlen zu groß ge-  
worden ist. In Wirklichkeit läuft aber auch das auf  
Preistreiberi hinaus, wie denn das Kohlenyndiate un-  
geachtet aller Angriffe in der Öffentlichkeit und im Reichs-  
tage seinen Beutegug auf die Taschen des deutschen Volkes  
ungeföhrt fortsetzte. Andererseits nehmen aber die Kohlen-  
magnaten, wie aus der Gewerkschaftsübersicht in dieser  
Nummer ersichtlich, die beginnende Krise schon zum An-  
lasse von Lohnreduktionen. Das ist skrupellose Groß-  
kapitalistenmoral!

Eine Statistik der Aktiengesellschaften ist soeben  
im IV. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen  
Reiches (1907) veröffentlicht worden. Die Zahl der  
Aktiengesellschaften betrug am 31. Dezember 1906 4952,  
die der Kommanditgesellschaften 108, macht zusammen  
5060 Gesellschaften mit einem nominellen Aktienkapitale  
von 13839 Millionen Mark, das sind fast 14 Milliarden!  
Die größten Kapitalien weisen auf: Banken mit 3736  
Millionen Mark, Kohlenbergbau 706, Klein- und Straßen-  
bahnen 677, Maschinenindustrie 610, Brauerei 608, Elek-  
trizitätswerke 593, Immobiliengesellschaften 525, Schiff-  
fahrt 400, Eisenbahnen 303, Elektrotechnik 297, chemische  
Großindustrie 289, Salzgewinnung 242 und Baumwoll-  
industrie 231 Millionen Mark. Im Durchschnitte entfällt  
auf eine Aktiengesellschaft überhaupt ein Nominalkapital  
von 2,67 Millionen Mark, dagegen auf eine Aktiengesellschaft  
der verbundenen Bergbaus, Hütten-, Metall- und Ma-  
schinenindustrie 19,12, des Handelsgewerbes 5,39, des  
Bergbaues 5,18, der Maschinenindustrie 3,6 und der  
chemischen Industrie 2,90 Millionen Mk. 448 Gesell-  
schaften hatten ein Kapital von nur bis 100000 Mk.,  
528 über 100000 bis 250000 Mk., 717 über 250000 bis  
500000 Mk., 1077 von 500000 bis 1 Million Mk., 1019  
von 1 bis 2 Millionen, 448 von 2 bis 3 Millionen,  
302 von 3 bis 5 Millionen, 137 von 5 bis 7 Millionen,  
135 von 7 bis 10 Millionen, 112 von 10 bis 20 Millionen,  
49 von 20 bis 30 Millionen, 17 von 30 bis 50 Millionen,  
21 von 50 bis 100 Millionen und 9 Gesellschaften hatten  
über 100 Millionen Mark Kapital. Nach Landesstellen  
geordnet verteilen sich die Aktiengesellschaften wie nach-  
stehend: An erster Stelle steht Berlin mit 2753 Millionen  
Mark, dann folgen Rheinland mit 2269, Königreich  
Sachsen mit 997, Westfalen mit 888, rechtsrheinisch Bayern  
mit 807, Hamburg mit 803, Hessen-Nassau mit 689,  
Schlesien mit 574, Baden mit 476, Provinz Sachsen  
mit 448, Hannover mit 425, Elsaß-Lothringen mit 386  
und Bremen mit 360 Millionen Mark Kapital. Wenn  
möglich, bringen wir noch nähere Angaben über die ge-  
sellschaftlichen Unternehmungen in unserm Gewerbe.

Eine Unterstützung der öffentlichen Arbeits-  
nachweise aus Staatsmitteln schlägt der schweizeri-  
sche Bundesrat der Bundesversammlung vor. Die  
Kosten der gegenwärtig in Zürich sich befindenden Zen-  
tralstelle will der Bund ganz übernehmen. Diese In-  
stitution müßte aber sehr ausgebaut werden, denn jetzt ist  
ihre Bedeutung eine geringe. Den einzelnen Arbeits-  
ämtern sollen ihre Ausgaben bis zu einem Drittel, den  
Verbänden für Naturalverpflegung soll jede einzelne  
Arbeitsvermittlung mit 50 Proz. vergütet werden. Es  
bestehen gegenwärtig ungefähr ein Duzend Arbeitsämter  
in den größeren Städten, die auch mit den Naturalver-  
pflegungsstationen in Verbindung stehen.

Wie die Landesversicherungsanstalten der  
Bekämpfung des Alkoholmißbrauches ihre Auf-  
merksamkeit zuwenden, zeigt u. a. der Verwaltungs-  
bericht für 1906 der Landesversicherungsanstalt Schleswig-  
Holstein. Die Anstalt nimmt sich besonders um Ueber-  
weisung der Trinker an die Trinkerheilanstalt Salem bei  
Mölling an. In der Zeit vom Jahre 1900 bis zum  
Beginne d. J. haben auf ihre Kosten 71 Personen dort  
Aufnahme gefunden. Die dabei erzielten Resultate sind  
im ganzen günstig. Ein dauernder Erfolg ist in 29 Proz.,  
ein teilweiser in annähernd 10 Proz. der Fälle erreicht  
worden. Vor der Entlassung wird regelmäßig dafür  
Sorge getragen, daß die Pflegslinge bei ihrer Rückkehr  
ins bürgerliche Leben sofort Anschluß an einen Enthalt-  
samkeitsverein finden. Für die erwähnte Heilstätte wurde  
ein Darlehen von 190000 Mark ohne Tilgungszwang ge-  
währt. Dem Kieler Bezirksvereine gegen den Mißbrauch  
geistiger Getränke wurde zur Errichtung von Milchhäuschen  
an öffentlichen Plätzen eine Beihilfe von 500 Mark ge-  
leistet. Die Anstalt gebent ihre bisherige Tätigkeit auf  
dem Gebiete der Alkoholbekämpfung, in der sie eine un-  
gemein wichtige Aufgabe der Heilfürsorge“ erblickt, soweit  
die Verhältnisse es notwendig machen oder gestatten, noch  
weiter auszubauen. — In besonders vorbildlicher Weise  
hat die Landesversicherungsanstalt Thüringen die Be-  
kämpfung der Alkoholabhängigen in Angriff genommen.  
Sie geht nach ihrem Verwaltungsberichte über 1906 von  
der Erkenntnis aus, daß „die Wirkungen der Trunksucht  
für die daran Kranken und ihre Umgebung furcht-

barer sind als jedes andere Leiden, weil sie nicht, wie eine andre Krankheit, Mitleid und das Bestreben, dem Kranken möglichst Hilfe anzubringen zu lassen, hervorzu- rufen, sondern im Gegentheil das Familienleben ver- bittern und bis in seine Grundfesten erschüttern" sowie daß "mehr wie auf irgend einem andern Gebiete hier die Aufmerksamkeit auf vorbeugende Maßnahmen zu richten ist". Sie legt darum besonders auf Förderung der Auf- klärung über die Eigenschaften des Alkohols und auf Ein- schränkung des Alkoholgenußes während der Arbeit Gewicht. Diefem Zwecke dient u. a. die Verbreitung von gemeinverständlichen Merkblätter und Broschüren sowie von wirksamen Schildern mit kurzen, sich einprägenden Wandmerksprüchen.

Die Bauunternehmervverbände von Mitteldeutschland, teilweise (Leipzig) auch schon von Sachsen, in dem bergi- schen Lande, in der Rheinprovinz und in dem rheinisch- westfälischen Industriegebiete haben bereits den Bau- arbeitsern die Tarifkündigung zugehen lassen. Andere Bezirke werden folgen. Für das nächste Frühjahr kann also mit einer umfangreichen Aussperrung der Bauarbeiter in Deutschland gerechnet werden. — Bei den Textil- arbeitsern im Erzgebirge und den Webern in Krei- feld sollte am Tage des Abschlusses dieser Nummer die Entscheidung fallen, ob der Kampf ein allgemeiner wird. — In Port Said streiken sämtliche Kohlenträger. — Der Streik der Neuporcher Drochsenkutscher ist be- endet. Ein Schiedsgericht soll entscheiden, ob die Gerab- sehung der Bühne gerechtfertigt war.

### Eingänge.

Neujahrskarten in sechs verschiedenen Mustern, nach Aquarellen in Bierfarbendruck bei Georg Bügen- stein & Co. gedruckt. Zu beziehen von Alfred Eberlein, Berlin NW, Albrechtstraße 4, I. Preis: 25 Stück 1,50 Mk. (siehe Anz.)

Graphische Revue Oesterreich-Ungarns. Heraus- gegeben von der Wiener Graphischen Gesellschaft, Wien VII/3, Bernardegasse 18. IX. Jahrgang. Heft 12. Preis pro Jahrgang 7 Mk. Einzelnummer 60 Pf.

Schweizer Graphische Mitteilungen. Redaktion und Verlag: Aug. Müller in St. Gallen. 26. Jahrgang. Heft 7. Preis pro Halbjahr (12 Hefte) 4,50 Mk.

### Driestalten.

Vorstand des Maschinenmeisterklubs in Königsberg: Ihr Bericht kann keine Aufnahme finden. Es geht un- möglich an, daß jeder Tarifamtsentscheid zum Gegen- stande einer eingehenden Kritik im „Korr.“ gemacht wird. Das Tarifamt kann unmöglich mit jedem Verammlungs- berichte irgend eine Sparte im „Korr.“ öffentlich pole- misieren. Wenden Sie sich mit Ihrer Beschwerde an den Verbandsvorstand. — C. G. in Ettstatt: 1,05 Mk. — H. M. in Köln: 3,80 Mk. — G. in Berlin: „Wißt du immer weiter schweifen, fieh das Gute liegt (in der Ritter- straße 88, I) so nah!“ Hundertmal haben wir schon darauf hingewiesen, daß Anfragen organisatorischer oder tariflicher Art an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Wo- zu sind denn die Verbands- und Tarifinstanzen da? — F. M. in Berlin: Für die prächtige Sendung unsern verbindlichsten Dank; werden nicht erlangen, zur ge- gebenen Zeit unser vollsten Anerkennung darüber Aus- druck zu geben. Die Gewissenspaule wollen wir Un- schuldlammer nach Möglichkeit beherzigen. Frdl. Gruß!

— H. A. in Gotha: Wird Ihre Berichtigung in der „Ar- beit“ aufgenommen, erübrigt sich Ihr Artikel, da ja unsere Leser von dem Artikel des Herrn S. keine Kenntnis haben. Wird die Berichtigung nicht aufgenommen, ist es immer noch Zeit, Ihre Arbeit zu veröffentlichen. Gruß! — A. R. 23: Wird für alle Fälle aufgehoben. Besten Dank! — G. K. in Hannover: Ist von R. eingekant worden. — G. St. in Altenburg: Infolge der veränderten Verhältnisse müssen wir von einer Aufnahme absehen. — W. B. in Oberhausen: Besten Dank. Im übrigen wie vorstehend. — F. A. in Düsseldorf: Besten Dank; wird gegebenenfalls verwendet.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, L. Fernspr. 11191.

**Herne.** Die Herren Verbandsfunktionäre werden er- sucht, die Adresse des Druckers Kurt Engelhardt aus Chemnitz betreffs einer wichtigen Angelegenheit an den Kollegen Julius Fleischer hier selbst einschicken zu wollen.

**Strasbourg.** Der Seher Wilhelm Fentner aus Wabnig, zuletzt in Greiz konditionierend, welcher hier im Oktober d. J. einen Vorstoß behufs Annahme einer Kondition in Luma erhielt, wird erucht, den Festbetrag baldigst an den Bezirkskassierer J. Gessel, Halbmonds- gasse 1, IV, zurückzahlen, andernfalls weitere Schritte gegen denselben unternommen werden.

### Adressenveränderungen.

**Angermünde.** Vorsitzender: F. Holzhausen, Ber- linerstraße 48; Vertrauensmann: E. Grünwald, Ber- linerstraße 52.

**Frankfurt a. D. (Bezirk).** Vorsitzender: Bruno Herrmann, Holzhofstraße 16; Kassierer: Otto Müller, Oberstraße 5, II.

— (Ort.) Vorsitzender: Herm. Kutowski, Kleine Scharnstraße 18; Kassierer: Paul Fellenberg, Fische- straße 60.

**Görlitz.** (Bezirks-Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Alfred Kupfer, Bübauerstraße 26, II.

**Merseburg a. S.** Vorsitzender und Kassierer: W. Löwe, Schmalfstraße 16.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Altärbe der Schweizerdegen Max Budas, geb. in Seligenfeld 1880, ausgl. in Ragnit 1900; war noch nicht Mitglied. — In Fürstenwalde der Drucker Rudolf Heinge, geb. in Fürstenwalde (Spree) 1883, ausgl. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — In Frankfurt a. D. 1. der Seher Eugen Franke, geb. in Frankfurt a. D. 1879, ausgl. das. 1898; die Maschinen- seher 2: Gust. Schüle, geb. in Woffen 1872, ausgl. in Frankfurt a. D. 1902; 3. Theodor Meyer, geb. in Frankfurt a. D. 1871, ausgl. das. 1890; waren noch nicht Mitglieder; 4. Fritz Sporleder, geb. in Tschelchnow 1881, ausgl. in Frankfurt a. D. 1899; war schon Mit- glied. — Bruno Herrmann in Frankfurt a. D., Holzhof- straße 16.

In Braunschweig der Seher Richard Reimann, geb. in Gartensberga 1885, ausgl. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — Wilh. Reuter, Kastanienallee 40a.

In Dortmund die Seher 1. Paul Ditschewsky, geb. in Dortmund 1876, ausgl. das. 1895; 2. Peter Krock, geb. in Dortmund 1879, ausgl. das. 1896; 3. Hermann Wellen, geb. in Herongen (Kreis Geldern) 1882, ausgl. in Duisburg 1900; 4. Heinrich Bolmer, geb. in Dortmund 1888, ausgl. das. 1906; waren noch nicht Mitglieder. — In Hamnt i. W. der Seher Friedr. Piepenbrink, geb. in Hannover 1889, ausgl. in Klausthal 1907; war noch nicht Mitglied. — In Unna der Seher Georg Enler, geb. in Freinsheim (Pfalz) 1886, ausgl. in Hagloch (Pfalz) 1907; war noch nicht Mitglied. — August Schippers in Dortmund, Braun- schweigerstraße 27.

In Gleiwitz der Seher Franz Janel, geb. in Sandowitz (Großtrehlich) 1886, ausgl. in Gleiwitz 1907; war noch nicht Mitglied. — In Ratibor der Seher Franz Litz, geb. in Lobz (Ruppland) 1885, ausgl. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — Franz Hadrian in Weuthen (O.-Schl.), Wismarstraße 1, II.

In Kalbe der Seher Ernst Lehmann, geb. in Briesen 1888, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mit- glied. — H. Rilm in Ufersleben, Unterstraße 5.

In Mittweida der Stereotypur Karl Gustav Müller, geb. in Leubsdorf b. Schellenberg 1869, ausgl. in Dresden 1906; war noch nicht Mitglied. — C. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41, II.

In Neustadt a. d. Haardt der Seher Karl Maurer, geb. in Kirchheim a. G. 1880, ausgl. in Eberthoden 1906; war noch nicht Mitglied. — R. Holzappel, Rathaus- straße 24.

In Osnabrück der Seher Heinrich Bongers, geb. in Borbeck 1887, ausgl. das. 1904; war noch nicht Mit- glied. — Karl Rabes, Johannismauer 22.

In Sagan der Seher Gustav Müller, geb. in Ufersleben 1879, ausgl. das. 1897; war noch nicht Mitglied. — G. Fleischer in Glogau, Polnische Straße 9, Stb. II.

In Springe a. D. der Seher Willy Horn, geb. in Doberau i. M. 1887, ausgl. in Kröpelin i. M. 1905. Emil Fritsche in Hannover, Engelhofsterdam 39, III.

In Bernigerode der Seher Otto Könncke, geb. in Bernigerode 1885, ausgl. das. 1903; war schon Mit- glied. — Heinrich Kruse in Halberstadt, hinter der Mütze 17.

In Biel der Schweizerdegen Fritz Gähme, geb. in Schönebeck b. Magdeburg 1883, ausgl. das.; war noch nicht Mitglied. — Fritz Profi in Bern, Mittelstraße 6a.

### Arbeitslosenunterstützung.

**Hauptverwaltung.** Wie in früheren Jahren, so können auch diesmal wieder die Herren Reisekassen- walter denjenigen reisenden Kollegen, welche sich die Weihnachtstferretage an irgend einer Zahlstelle auf- zuhalten, gedanken, diese Tage bei der Zureisung mit aus- bezahlen. Jedoch ist hierbei zu beachten, daß dann, wenn die Reisefrage bis einschließlich den 26. Dezember vergütet werden, die Legitimation zur Weiterreise mit dem Datum des 27. Dezember versehen sein muß.

### Versammlungskalender.

**Emden.** Generalversammlung Sonnabend den 28. De- zember, abends 8 Uhr, im Gasthof „Deutsches Haus“ (de Boer).

**Halberstadt.** Versammlung Sonnabend den 28. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Gerberstraße 15.

### Sieben erschienen:

## Peking-Paris im Automobil.

Eine Wettfahrt durch Asien und Europa in 60 Tagen. Von Luigi Barzini. Mit einer Einleitung von Fürst Scipione Borghese. Ueber 550 Seiten Text mit 168 Abbildungen nach Originalphotographien und einer Karte. Elegant gebunden 10 Mark.

Schönes Weihnachtspräsent! Auch sofortige komplette Lieferung ohne Preis- aufschlag gegen bequeme Abnahmestunden von 2 Mk. monatlich bzw. wo vertreten, von wöchentlich 50 Pf.

Verlagsbuchhandlung Max Schmitz, Leipzig-R., Weidmannstraße 2. 1827

### Mitarbeiter

für Briefläufe und drahtliche Berichterstattung sucht gegen gutes Honorar an allen wichtigen Orten der Schweiz, Elsaß und Baden eine gut eingeführte Zeitungs-korrespondenz. Werte Off. erb. unter T. 7633 Q an Haasenstein & Vogler, Basel (Schweiz). 1831

## Linotypesetzer

für polnischen Satz von einer größeren Tages- zeitung in Warschau sofort gesucht. Ausführ- liche Offerten mit monatlicher Gehaltsangabe erbeten unter J. F. 2907 durch Rudolf Hoffe, Berlin SW. 1927

## Buchdruckmaschinenmeister

für Zweifarbenmaschine mit Anlegeapparat wird in dauernde Stellung bei hohem Lohne gesucht.

Berücksichtigung finden nur mit dieser Maschine durchaus vertraute, erfahrene und bestempfohlene Bewerber gelesenen Alters. Werte Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten unter S. 23430 an Haasenstein & Vogler, M., G., Leipzig. 1922

## Schriftgießer

für Rüstmannsche Kompletzmaschinen, großer Regel, sowie Höhenfräser und eine tüchtige Letzlerin sucht zum sofortigen Antritte.

Schriftgießerei Heinrich Hoffmeister Leipzig, Langestraße 22. 1921

Süchtiger, korrekter

## Werf- u. Zeitungssetzer

sucht sich zu verändern. Werte Offerten an Nr. 914 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Zum 2. Januar suchen zwei tüchtige

## Inferat- und Zeitungssetzer

Kondition. Werte Offerten erbeten an Ch. Reim, Dienstadt (Alteintl.). 1925

## Junger Seher

sucht zum 30. Dezember tarifmäßige Stellung. Werte Offerten erbeten an

Max Gobel

Fürstenwalde, Sonnenwälderstraße 32.

## Maschinenmeister

verheiratet, der auch im glatten Sago ausbessern kann, sucht sich zu verändern in dauernde Kondition. Werte Offerten unter K. S. 915 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

## Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am Sonnabend den 11. Januar 1908:

# Wintervergnügen

im Gewerkschaftshause, Besenbinderhof.

Darbietungen: Rezitation, Konzert, Chorgesang, Lieder zur Laute, Großer Ball mit Überraschungen.

Mitwirkende: Fräulein A. Westhoven vom Deutschen Schauspiel- hause (Lieder zur Laute), Herr H. Langmaack (Rezitation), Herr Kapellmeister C. Piltz (Klavier), Liedertafel Gutenberg v. 1877 (Dirigent Herr M. Bode).

Anfang des Programmes 9 Uhr, nachdem Tanz.

Saalöffnung 8 Uhr.

Während der Vorträge ist das Büffet geschlossen.

Eintritt für Mitglieder und deren Damen frei. Quittungskarte legitimiert.

913]

Der Vergnügungsausschuß.

Um politischer Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wolle man alle für den „Korr.“ be- stimmten Geldsendungen nicht an die Geschäfts- stelle der Expedition des „Korr.“, sondern an Konrad Schler adressieren.

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäfts- stelle des „Korr.“ (Monat-Gelder), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offerten- briefe ohne Freimarkt können nicht befördert werden. Die Geschäftsstelle des „Korr.“

